Nr. 468 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 97

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 21. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Einigung in Rom.

Unter dem Zwang Giolittis.

Rom, 20. September. („Frankf. Ztg.") Zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und des Industrieverbandes wurde **unter scharfem Druck Giolittis** eine Einigung erzielt.

Die Verhandlungen begannen mit der Frage der Lohnzahlung für die **Okkupationszeit**. Die Industriellen verweigerten dies absolut, bewilligten dagegen die **Rückwirkung** der vereinbarten Lohnerhöhung auf den 15. Juli sowie die Bezahlung der **Obstruktionstage**. Schwieriger war die Einigung über disziplinarische Strafen für die schlimmsten Uebergriffe der Besetzung, worauf die Industriellen fest bestanden. Giolitti erklärte, die Sitzung müsse unbedingt eine Einigung erzielen. Er schlug vor, die einzelnen Fälle der neuen paritätischen **Kommission** zur Entscheidung vorzulegen. Die Industriellen erwiderten nach kurzer Beratung, sie könnten wegen der vorgekommenen Vergewaltigungen von Vorgesetzten diese Lösung nicht als freie Vereinbarung, sondern nur als **Regierungsbefehl** annehmen.

„Messaggero" hört, daß der Allgemeine Arbeiterverband die Arbeiter **angewiesen** habe, die besetzten Fabriken **zu räumen** und die Arbeit wieder aufzunehmen; der Arbeiterverband versichere, daß die Ordnung gewahrt bleiben werde.

Die Streikwelle in England.

London, 20. September. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau.) Die **Bergarbeiter** haben eine öffentliche **Erklärung** erlassen, durch die bewiesen werden soll, daß eine **Lohnerhöhung** von 2 Schilling **berechtigt** ist. Die jetzige Lage läßt erwarten, daß ein **Streik unvermeidlich** ist, wenn nicht beide Seiten Nachgiebigkeit zeigen. Es wird mitgeteilt, daß die **Regierung nicht** die Absicht hat, ihren Standpunkt aufzugeben. Ein Schiedsgericht und eine Untersuchung müßten vorerst stattfinden „Daily News" meint, daß Herne sich irrt, wenn er verlangt, daß die andere Seite in allem nachgeben müsse, ohne daß er selbst von seinem Standpunkt abgeht. „Daily Herald" fragt, ob die Regierung einen Streik **wünsche**, und stellt fest, daß die Lage ernst sei. „Daily Expreß" ist der Ansicht, daß die Forderung nach höheren Löhnen **berechtigt** ist.

London, 20. September. (WTB.) Es wird ein besonderes Schiedsgericht zur Beratung der Lohnerhöhungsforderung ernannt. Das Schiedsgericht soll binnen 10 Tagen zu einem Ergebnis kommen.

Bolschewistisches Theater.

Petersburg, 20. September. (O. E.) In der Stadt **Ostrow** fand dieser Tage, wie die Petersburger „Prawda" meldet, eine „Gerichtsverhandlung" über Lenin statt, welche eine unerhörte Menge von Zuhörern heranzog. Aus den Dörfern und Gemeinden kamen Tausende scharenweise herangezogen, denen das Theatergebäude nicht Raum genug bieten konnte. In der Verhandlung wurde Lenin vor allem beschuldigt, die **Konstituierende Versammlung auseinander getrieben**, eine **Schreckensherrschaft aufgerichtet** zu haben, und es wurde ihm die **Nichterfüllung seines Versprechens**, dem Volke **Brot und Frieden** zu geben, vorgeworfen. Nach vierstündigen Verhandlungen wurde Lenin von diesem Volksgericht **freigesprochen**.

Die Herren Richter wären ja im anderen Falle schleunigst angeklagt geworden — und dann wären sie nicht nur nicht freigesprochen, sondern wohl ohne Urteilsspruch erschossen worden.

Als Antwort auf die wiederum antibolschewistisch gewordene Haltung Lloyd Georges betont Moskau die Förderung der **Revolutionierung Asiens**. Es wird ein „Rat für Propaganda im Osten" gebildet.

Moskau meldet ukrainische **Aufstände in Ostgalizien**. Da die Polen in Riga Ostgalizien und andere ukrainische Gebiete fordern wollen, ist ein solcher Verzweiflungskampf gar nicht unwahrscheinlich.

Sowjetrußlands Elend.

Petersburg, 20. September. (O. E.) Die Sowjetpresse veröffentlicht einen Brief Lenins, welcher die Bevölkerung aufruft, **gegen den Hunger zu kämpfen**. Lenin bestätigt, daß die **Verpflegungsgrundlage** der Sowjetrepublik **niemals so schwer** gewesen sei wie jetzt. Die Armee überlebe eine **furchtbare Proviantkrisis**. Es sei notwendig, überall die Kräfte der Sowjets und der Kommunistischen Partei zur gemeinschaftlichen Arbeit heranzuziehen und gewissenlose Elemente, die in dieser Lage ihre Pflicht nicht tun, vor Gericht zu stellen. **Den Bauern müßten ihre Ueberschüsse mit Gewalt abgenommen werden.**

Auf einer Sitzung des Petersburger Exekutivkomitees wurde erklärt, die **Bevölkerung** könne Schuhwerk und Kleidung nicht mehr erhalten, es fehle daran schon für die **Armee**. Es wurde ein dringendes Telegramm nach Moskau geschickt mit der Bitte um Hilfe.

Polnisch-litauischer Abbruch!

Kowno, 20. September. (Lit. Telegraphenagentur.) Die litauische Delegation ist aus Kalvarija **zurückgekehrt**, da die Verhandlungen **zeitweilig unterbrochen** sind. Sie hatte den Vorschlag gemacht, zwischen der litauischen und polnischen Armee eine **neutrale Zone** zu errichten. Die Polen **lehnten diesen Vorschlag ab** und bestanden darauf, daß die litauischen Truppen sich auf die **Foch-Clemenceau-Linie** zurückzögen, was Litauen **ablehnte**. Die Polen erklärten, daß unter solchen Umständen eine **weitere Besprechung unmöglich** sei und fuhren nach Warschau zurück. Der polnische Außenminister Sapieha hat in einem Funkspruch der lettländischen Regierung vorgeschlagen, daß die weiteren Verhandlungen zwischen Polen und Litauen in **Riga** stattfinden mögen. Demnach betrachtet Polen die Verhandlungen nur als **unterbrochen**. Auch der Völkerbundsrat hat sich für Weiterführung der Verhandlungen ausgesprochen und äußerte den Wunsch, daß bis zur Wiederaufnahme der Verhandlungen keine Kriegsoperationen stattfänden. Der litauische Vertreter, Professor Woldemar, hat sofort zugestimmt. Paderewski hingegen erklärte, er könne erst Montag früh eine Antwort erteilen.

Kowno, 19. September. (Lit. Telegraphenagentur.) Jüdische Bürger Polens **fliehen scharenweise** über die litauische Grenze, um vor den polnischen **Judenverfolgungen** und einer rücksichtslosen **Mobilisation** Schutz zu suchen. Die litauische Regierung wird dadurch in eine schwierige Lage gegenüber Polen versetzt.

Siegel auf die Schmach!

Brüssel, 20. September. (TU.) **Eupen und Malmedy** sind vom **Völkerbundsrat Belgien zugesprochen** worden. Die Entscheidung soll am Sonntagmorgen in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden. In **Belgien** sind die Bürgermeister angewiesen, den Tag durch Glockengeläut und Flaggenschmuck **feiern** zu lassen. Der Oberkommandierende General Balcian ist zum **Baron** ernannt worden.

Der Wappenspruch „Gott und mein Recht" steht nicht im belgischen, sondern im britischen Wappen. Nun, dieses Recht hat die Duldung des himmelschreienden Gewaltmißbrauchs von Eupen-Malmedy nicht gehindert. Im belgischen Wappen steht „L'Union fait la force" (Einheit macht stark). Warten wir ab, wie die „Einheit" mit dem schmählich vergewaltigten deutschen Gebiet Belgien stärken wird!

Weltbotschaft Mac Swineys.

Amsterdam, 20. September. Wie englische Blätter melden, hat der **Bürgermeister von Cork** am 40. Tage seines und seiner Kameraden Hungerstreiks an die Iren der gesamten Welt eine Botschaft gerichtet, in der er erklärt, daß er nicht glauben könne, das englische Volk werde die Durchführung dieses **gefühllosen Mordes**, der Englands Namen in beispielloser Weise beflecken würde, zulassen. Sollte aber das englische Volk keine Macht über seine Regierung haben, so würden die Gefangenen um Irlands willen **gerne sterben**.

London, 20. September. (H. N.) Im Gebirge bei Dublin hatten etwa 100 Sinnfeiner **Schießübungen** vorgenommen. Englisches Militär in Zivilkleidung schlich heran und umzingelte den Platz. Nach kurzem Kampf wurden 36 Sinnfeiner gefangengenommen. Es gab einen Toten und mehrere Verwundete.

Er will nicht essen.

London, 20. September. (WTB.) Eine amtliche Erklärung über den Hungerstreik des **Bürgermeisters von Cork** besagt, der Bürgermeister habe von Beginn seiner Gefangenschaft an die Vorrechte genossen, die **politischen Gefangenen** zuerkannt werden. Er habe niemals Gefangenenkleidung tragen müssen. Seitdem er sich durch seine Weigerung, Nahrung zu sich zu nehmen, in den Schwächezustand gebracht habe, liege er in einem Hospital zu Bett und genieße die beste ärztliche Pflege. Zwei Pflegerinnen verweilten abwechselnd Tag und Nacht an seinem Lager, **ausgezeichnetes Essen** stehe an seinem Bett bereit und die Pflegerinnen seien bemüht, ihn zum Essen zu bewegen.

Ungarische Waffenaufkäufer verhaftet.

Wien, 20. September. (D.A.) Die Polizei hat eine **größere Anzahl** ungarischer Offiziere verhaftet, die in den letzten Wochen versucht haben, Waffen und Munition in Oesterreich aufzukaufen und **nach Ungarn zu schmuggeln**.

Kein ungarisch-französischer Geheimvertrag?

Die ungarische Regierung läßt die Nachricht kategorisch dementieren, daß ein Geheimvertrag zwischen Ungarn und Frankreich in Gödöllö abgeschlossen worden sei. Sie bezeichnet den in Wien veröffentlichten Text als apokryph und vom Anfang bis zu Ende erlogen. Der Vertrag soll auch für den Fall kommunistischer Unruhen in **Wien** die Besetzung durch Horthy-Militär vorsehen. . . .

Kampf um den Oberschulrat.

Von Dr. Erich Witte.

Fast kein Tag vergeht, wo nicht gegen die Wahl Löwensteins zum Oberstadtschulrat der neuen Stadtgemeinde Berlin Einspruch erhoben wird. Von der Radauversammlung des Lehrervereins bis zu den gesprengten Versammlungen der Reaktionäre — **eine** Kette von Löwenstein-Demonstrationen. Die gegen seine Wahl angeführten Gründe bedürfen einer näheren Prüfung.

Viele fordern, daß der Leiter des Groß-Berliner Schulwesens ein Christ sein soll. **Das widerspricht der Reichsverfassung**, nach der „die Zulassung zu öffentlichen Aemtern unabhängig von dem Religionsbekenntnis" sein soll (Artikel 136). Auch ist dies für seine Tätigkeit deswegen ohne Bedeutung, weil die Entscheidung über die Zahl der weltlichen Schulen, der Simultanschulen und der Bekenntnisschulen in der neuen Stadtgemeinde nicht der Oberstadtschulrat oder der Magistrat trifft, sondern weil dies nach der Reichsverfassung die **Erziehungsberechtigten** selbst tun sollen. Die Einzelheiten werden durch ein Reichsgesetz geregelt werden.

Ferner wendet man ein, Dr. Löwenstein sei **erst 35 Jahre alt**; das ist allerdings etwas jung, aber doch auch nicht zu jung, da dieses Alter nach der Reichsverfassung genügt, um einen Mann zum Präsidenten des Deutschen Reiches zu wählen. Entgegnet jemand darauf, daß er nicht auf dem Boden der Reichsverfassung stände, sondern Monarchist sei, so sei er daran erinnert, daß ein Fürst nach der **alten** Verfassung mit 18 **Jahren** das Deutsche Reich regieren konnte.

Ernster zu nehmen ist allerdings der Einwand, daß **Löwenstein nicht an öffentlichen Schulen unterrichtet hat** und daher im Schulwesen nicht die Erfahrungen haben kann, welche ein Lehrer im Laufe der Jahre gesammelt hat. Nun hat es aber auf allen Gebieten Männer gegeben, die etwas Bedeutendes geleistet haben, ohne die regelmäßige Laufbahn durchgemacht zu haben. **Rousseaus** „Emil" ist in der Pädagogik ein epochemachendes Werk gewesen, aber der Verfasser selbst ist **nie Lehrer** gewesen. Kürzlich starb Wilhelm **Wundt**, einer der größten Philosophen der letzten Jahrzehnte, aber er hat an der Universität keine philosophische Vorlesungen gehört, sondern sich erst später dem Fache zugewandt, in dem er so Bedeutendes leistete. Da der Leiter des Groß-Berliner Schulwesens nicht mit einem Provinzialschulrat oder dem Stadtschulrat einer Stadt von 100 000 Einwohnern zu vergleichen ist, sondern mit einem Unterrichtsminister, so möchte ich die Monarchisten daran erinnern, daß in Preußen weder von Wilhelm II. noch von seinen Vorgängern **jemals ein Lehrer zum Unterrichtsminister** ernannt worden ist. Es waren stets Juristen, die nicht einmal wie Löwenstein an Privatschulen unterrichtet hatten. Hat aber einer der früheren Unterrichtsminister sein Schulprogramm so ausführlich entwickelt, wie es Löwenstein in seinen Schriften und Aufsätzen getan hat?

Wenn also die Monarchisten keine Veranlassung haben, deswegen gegen seine Wahl Einspruch zu erheben, weil er nicht an einer öffentlichen Schule als Lehrer tätig gewesen ist, so will ich doch zugeben, daß es **besser wäre, wenn er** nicht nur in Privatschulen, sondern **auch im öffentlichen Schuldienst** Erfahrungen gesammelt hätte. Dies ist aber noch kein Grund, seine Wahl abzulehnen. Denn es werden ihm für jedes Gebiet sicherlich Schulmänner zur Seite gestellt werden, welche eine Reihe von Jahren selbst Lehrer an öffentlichen Schulen gewesen sind, also mindestens ein Schulrat für das höhere Schulwesen, ein Schulrat für das Volksschulwesen und einer für das Fach- und Fortbildungsschulwesen. Diese müssen genau beurteilen können, ob eine Idee Löwensteins auch zu verwirklichen ist, müssen über die Stimmungen der Lehrer unterrichtet sein, müssen die von diesen etwa geleisteten Widerstände abschätzen können. Denn unmöglich wäre es für Löwenstein, sich das Vertrauen der Lehrerschaft zu erwerben, wenn er etwa Maßregeln treffen würde, die er nachher zurücknehmen müßte, weil sie sich als undurchführbar herausgestellt haben. Aus diesem Grunde ist das Zusammenarbeiten mit erfahrenen **Fachdezernenten** unbedingt notwendig. Dann kann aber auch auf diese Weise etwas Gutes zustande kommen.

Man muß auch folgendes bedenken: Wenn man aus der Tatsache, daß Löwenstein nicht an einer öffentlichen Schule tätig gewesen ist, einen Vorwurf machen will, so trifft dieser nicht die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, sondern die **alte Regierung, die ihn wegen seiner politischen Anschauungen nicht als Lehrer an einer öffentlichen Schule geduldet hätte**. Hätte man einen Schulmann gewählt, welcher eine Reihe von Jahren an öffentlichen Schulen unterrichtet hat, so käme nur einer in Frage, welcher nach dem 9. November der Sozialdemokratie beigetreten wäre. Man hätte dann in seiner Vergangenheit herumgeschnüffelt, ob er nicht früher ein Wort gesprochen oder geschrieben hat, das nicht zum Erfurter Programm paßt.

Ich erkenne also nicht die Einwendungen, welche gegen die Wahl Löwensteins erhoben werden, als berechtigt an. Ich will diese Wahl aber auch nicht mit Fanfaren begrüßen. Denn der Leiter des Schulwesens einer Stadt von 4 Millionen Einwohnern muß viele bedeutende Eigenschaften besitzen, die er erst zeigen kann, wenn er sein Amt angetreten hat. Seine Wahl bedeutet also, wie die jedes anderen Schulrats, ein gewisses Risiko. Sollte er die von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, dann hat er immer noch die Möglichkeit, freiwillig zurückzutreten.

Noch ein Wort über die Proteste der Elternbeiräte gegen seine Wahl. Diese Proteste können deswegen von keiner Bedeutung sein, weil in ihnen nur die Ansicht der Eltern einzelner Schulen zum Ausdruck kommt. Den sozialdemokratischen Elternbeiratsmitgliedern wäre es eine Kleinigkeit, fast ebenso viele Kundgebungen für die Wahl Löwensteins zustande zu bringen. Die meisten Proteste kommen überdies von den höheren Schulen, die Löwenstein, ein Vertreter der Einheitsschule, abbauen will. Die Eltern der Schüler fürchten für ihre Kinder die Konkurrenz der Proletarierkinder und sind natürlich ebenso gegen den Abbau der höheren Schulen, wie die Adligen gegen die Abschaffung des Herrenhauses, die reichen Leute gegen die des Dreiklassenwahlrechts waren. Ein von Eltern ausgehender Protest hätte nur dann ein Anrecht auf Berücksichtigung, wenn er von einem von den Elternbeiratsmitgliedern aller Groß-Berliner Schulen gewählten Ortselternbeirat ausginge, wie ich ihn in meiner Broschüre: „Die Elternbeiräte" für jeden Ort gefordert habe.

Um die Versammlungsfreiheit.

Die Rechtspresse von Montag abend ist begreiflicherweise voller Weh- und Wutgeschrei über die gewaltsame Störung der deutschnationalen Versammlungen am Sonntag durch die Unabhängigen. Darüber, daß solche Vorgänge an sich aufs schwerste zu beklagen und aufs schärfste zu verurteilen sind, kann es unter denen, die es mit der verfassungsmäßigen Versammlungsfreiheit ernst meinen, gar keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Die schönsten Bestimmungen über Rede- und Versammlungsfreiheit nützen nicht das geringste, wenn ein undisziplinierte Publikum die Redefreiheit vergewaltigt und wenn der Besuch von politischen Versammlungen mit Gefahren für die körperliche Sicherheit verbunden ist.

Glücklicherweise stellen die Vorgänge vom Sonntag nur einen Ausnahmefall vor. Seit der Revolution haben ungezählte Versammlungen aller politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den K.-A.-P.-Disten stattgefunden, die alle einen ungestörten Verlauf nahmen. Dieser Zustand wird sich als Regelzustand auch bald wieder einstellen, wenn die Besinnung und die selbstverständliche Rücksichtnahme auf das Recht der anderen wieder einkehrt. Denn jede Partei oder Gruppe, die darauf ausginge, die Versammlungsfreiheit der anderen systematisch zu unterdrücken, würde alsbald die öffentliche Meinung gegen sich haben und von ihr zur Umkehr gezwungen werden.

Wenn nun die öffentliche Meinung dem Spezialfall vom letzten Sonntag nicht so geschlossen gegenübersteht, wie das unter anderen Umständen der Fall wäre, so ist der Grund dafür so allgemein bekannt, daß schon ein bemerkenswerter Grad von Unehrlichkeit dazu gehört, ihn zu übersehen. Der selber rechtsstehende „Berl. Lokalanzeiger" folgt einem Gebote taktischer Klugheit, wenn er seinem Bericht über die Versammlungssprengungen vom Sonntag folgende Bemerkung anhängt:

Diese in ihrer Roheit abstoßenden Vorgänge können nicht scharf genug verurteilt werden. Allerdings ist zu bemerken, daß durch die disziplinlose Sprengung der bekannten Lehrerversammlung, in der Dr. Löwenstein sein Schulprogramm vortragen wollte, durch überhitzte Elemente den Unabhängigen und übrigen Radikalen der erwünschte Vorwand geliefert worden ist, ihrerseits in der vorstehend geschilderten Weise vorzugehen. Daß sie dann „geistige Waffen", die ihrer Eigenart entsprechen, in Anwendung brachten, kann weiter nicht wundernehmen. Gerade aus den hochbedauerlichen gestrigen Vorgängen sollten alle national gesonnenen Elemente die schärfste Mahnung entnehmen, sich ihrerseits jedes Temperamentsausbruches bei derartigen Gelegenheit zu enthalten. Daß sich die Linksradikalen bei der Niederknüppelung der Meinungsfreiheit auf Vorbilder von rechts berufen können, ist ein beschämender Zustand.

Wenn die Deutschnationalen diese Lektion begreifen und einsehen lernen, daß man das Recht anderer achten muß, wenn man das eigene geachtet sehen will, dann wird die Versammlungsfreiheit aller Richtungen bald wiederhergestellt sein, auch ohne die Polizei, nach der die Rechtspresse jetzt so brünstig schreit.

•

Daß die Deutschnationalen den schlimmsten Radau machern vom Sonntag zum mindesten vollkommen gleichwertig sind, beweist ein Vorfall, der sich vor dem Alten Museum zutrug, wohin sich die aus dem Zirkus Busch verdrängte Gesellschaft zurückgezogen hatte. Dort wurde nämlich von einer Schar von Hakenkreuzlern unter dem Rufe: „Schlagt die Juden tot!" ein jüdischer Student, der sich unter den Zuhörern befand, überfallen und derartig zugerichtet, daß er blutende Kopfwunden davontrug. Auch dieser Vorfall beweist, daß der „gewalttätige Pöbel", über den die deutschnationale Presse zetert, nicht nur auf einer Seite zu suchen ist.

Zu den Krisengerüchten.

Zum Konflikt Giesberts-Wirth, der nach Pressemeldungen zum Rücktritt des Reichsfinanzministers führen sollte, wird jetzt offiziös gemeldet:

Aus Pressäußerungen ist zu entnehmen, daß sich vielfach die Auffassung festgesetzt hat, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichspostminister über die Einstufung der Beamten in die Besoldungsordnung seien durch neue, ihrem ganzen Aufbau zuwiderlaufende Forderungen der Postbeamten hervorgerufen worden. Das trifft nicht zu. Es handelt sich vielmehr lediglich um Forderungen, die sich aus der Höherstufung der Landes- und der Finanzbeamten ergeben und vom Reichspostministerium im Einvernehmen mit dem Beamtenbeirat schon vor Monaten erhoben worden sind. Ueber diese Forderungen schweben zurzeit neue Verhandlungen, die hoffentlich ein beide Teile befriedigendes Ergebnis haben werden.

Inzwischen ist schon wieder die Nachricht aufgetaucht, der Kanzler-Stellvertreter Dr. Heinze beabsichtige zurückzutreten und den Gesandtschaftsposten in Bukarest zu übernehmen, der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz werde sein Nachfolger sein. Eine amtliche Aeußerung zu diesem neuen Gerücht liegt nicht vor. Inzwischen nehmen die Betrachtungen über die Notwendigkeit, die Grundlage der Regierung zu erweitern, ungestört ihren Fortgang. Nach den Wahlen nahm man an, die „von roten Ketten" befreite Reichsregierung werde sich nun frohgemut auf die eigenen Beine stellen und durch ihre Leistungen glänzen. War doch an allen Nöten der Zeit, Lebensmittelnot, Geschäftsstockung, Valutarückgang, nur die Sozialdemokratie schuld. Jetzt aber bringt die bürgerliche Presse jeden Tag Gerüchte über teilweise oder allgemeine Regierungskrisen, obwohl die jetzige Regierung von allen seit der Revolution das beste Leben hat, denn kein Mensch tut ihr eigentlich etwas! Wenn sie trotzdem auf so schwachen Füßen steht, so hat das wohl seine inneren Gründe.

Die Sozialdemokratische Partei hat gar keinen Anlaß, diesen politischen Anschauungsunterricht, der dem Volke erteilt wird, zu stören, und erst wenn sein Erfolg gesichert ist, kann sich für sie eine andere Situation ergeben.

Bayern-Zentrum für Reichszerreißung.

München unter Epps Kommando.

Die Bayerische Volkspartei hat am letzten Sonnabend nach einem Referat Dr. Heims mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, die eine Rückwärtsredigierung der Reichsverfassung bis zur völligen Reichszertrümmerung fordert. Etwas anderes bedeutet es nicht, wenn in dieser Entschließung u. a. verlangt wird, jeder Einzelstaat solle seine Staatsform selbst bestimmen können, er solle das Recht haben, mit dem Auslande Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu unterhalten, die Reichswehr solle wieder in bundesstaatliche Kontingente gegliedert werden usw. Die Ausführung dieser Beschlüsse würde bedeuten, daß sich z. B. Gotha morgen als Räterepublik, Bayern als Königreich konstituieren könnte, daß Gotha mit Sowjet-Rußland, Bayern mit Frankreich Sonderabkommen treffen könnte, daß Gotha seinen Teil der Reichswehr als Rote Armee, Regiment Lenin und Bayern den seinen als Armee des Allerhöchsten Kriegsherrn Rupprecht I. oder Alfons I. von Bayern führen dürfte.

Eine Partei, die ein derartiges Programm aufstellt, kann sich gegen den Vorwurf, daß sie die Reichszerreißung will, nicht mehr verteidigen. Diese Partei ist aber die herrschende Bayerns und trotz zeitweiliger organisatorischer Trennung mit dem Reichszentrum, das zu den Mitschöpfern der Reichsverfassung gehört, durch starke Fäden verbunden. Alles Höhnen über „Tatarennachrichten" und „Gespensterseherei" wird uns nicht hindern, die Vorgänge in Bayern mit der schärfsten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Einen neuen Grund zu solcher Aufmerksamkeit gibt auch folgende, durch WTB. verbreitete Nachricht:

Der Wehrkreiskommandeur General Möhl spricht in einem Tagesbefehl aus Anlaß der Stärkeherabsetzung der Reichswehr den ausscheidenden Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften herzlichen Dank für ihre erfolgreiche Arbeit aus, besonders auch den höheren Führern, darunter dem Obersten Epp, der nunmehr an die Spitze der Infanterie des Wehrkreises tritt.

Es wird schwer sein, irgend jemandem einzureden, daß die republikanische Verfassung bei den Herren Möhl und Epp in sicherer Obhut sei, jedenfalls besteht bei der bayerischen Arbeiterschaft dieses naive Vertrauen nicht. Die Bayerische Volkspartei hat ihr Programm der Reichszerreißung auch nicht bloß zur Parade aufgestellt, sondern sie arbeitet zielbewußt daran, es zu verwirklichen. Vor dieser Tatsache sollte man nirgends im Reiche die Augen verschließen.

Kohlenüberfluß für Agrarier!

Der großagrarische landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsverein in Grimmen hat vor einigen Tagen an seine Mitglieder ein gedrucktes Rundschreiben erlassen: er habe Verwendung für 25 000 bis 30 000 Zentner gute Speisekartoffeln, die er zu 25 M. den Zentner anrechnen will. **Er biete für jeden Zentner gelieferte Kartoffeln einen Zentner Briketts zum Preise von 12 M. frei Bahnhof Grimmen.** Dem Rundschreiben ist eine Postkarte in Vordruck beigelegt, in welcher nur die Zentnerzahl der Kartoffeln, die geliefert werden und der Briketts, die dafür gefordert werden, auszufüllen ist.

Wem bekannt ist, welchen Schwierigkeiten die Beschaffung von Heizmaterial in den Dörfern und Landstädten, auch in den größeren Städten Vorpommerns, Stralsund und Greifswald, begegnet, der wird sich nicht genug darüber verwundern können, daß hier ein einziger Agrarierverein über 25 000 bis 30 000 Zentner Briketts frei verfügt, noch dazu zu einem geringeren Preise wie demjenigen der Händler. Hoffentlich kümmern sich die zuständigen Behörden etwas eingehend um diese Sache und geben unverzüglich die erforderliche Aufklärung!

Nur keine Schulreform!

Beim Morgenkaffee war's. Der erste Herbstsonnenschein lachte durchs Fenster und schien draußen die regenmüde Natur zu neuem Leben, zu einem neuen Frühling erwecken zu wollen.

Mißmutig blätterte ich in dem Stoß von Zeitungen und Zeitschriften, die als tägliches Pflichtteil vor mir auf dem Tisch lagen. Gleichgültig flog der Blick von Seite zu Seite, indessen die Sinne draußen mit den lustigen Blättern in der lockenden Morgensonne spielten . . . Plötzlich blieb das Auge aber doch an ein paar Zeilen voll schreienden Sperrdrucks hängen:

„Für uns Sozialisten gilt es, nicht Schulreform, sondern Schulrevolution zu treiben. Mit Schulreformen hat man uns schon in allen Staaten genügend beglückt. Es bedeutet Schulreform weiter nichts, als das Alte zu stützen. Wir aber wollen das Alte stürzen und an seine Stelle das Neue bauen . . ."

Nachdenklich schob ich das Blatt in die Tasche. Die Worte ließen mich nicht mehr los. Seltsam, wie solch eine Fanfare doch ihre Wirkung tut! Sie trompetete mir ohn Unterlaß durch den Kopf, auch als ich schon längst durch den fröhlichen Herbstmorgen die breite Vorortstraße entlang zur Bahn schlenderte.

Aber da lag ja die Schule selbst! Klobig und nüchtern schob sich der viereckige Backsteinbau zwischen die heiteren Villen und Vorgärten. Der Unterricht hatte wohl eben begonnen. Im Takte des Chorsprechens klangen von drinnen noch halbverschlafene Kinderstimmen durch die dicht geschlossenen Fenster.

Da drinnen hocken also die Kleinen in ihren Bretterbänken an diesem Herbstsonnentag. Und ich sehe im Geiste die gefalteten Hände, die Blicke, die verstohlen zu den verschlossenen Fenstern huschen, die wißbegierigen Plappermäuler, die voller Fragen stecken und, statt fragen zu dürfen, antworten müssen, im Takte eingepaukte Weisheit herunterleiern . . .

Da ist mir, als stießen unsichtbare Hände die Schultüren auf, und eine lachende Schar lärmender junger Menschen strömte über die Straße dem Walde dort drüben zu: Eine Stunde im Freien, eine Unterrichtsstunde unter herbstbunten Baumkronen — nur eine — weil heute gerade die Sonne so lustig lacht.

War's nicht möglich? Wirklich nicht? Dem Lehrer so viel Freiheit zu geben, daß er heute, weil's ihm, weil seinen Jungen das Richtige drückt, mir nichts, dir nichts mit ihnen in den Wald zöge? Den Jungen so viel Freiheit zu geben, daß sie heut einmal den Lehrer ausfragen dürften, tausend und eine Frage, nach allem, was ihnen ein Kinderherz und ein Herbstmorgen im Walde an Rätseln auf die Lippen geben?

Wär's nicht möglich, an den Fluß hinunterzuwandern und sich dort einmal von märkischer Geschichte, von heimatlicher Arbeit erzählen zu lassen, statt da drinnen an Tabellen die Kriegsgeschichten aus vergangenen Jahrhunderten zu pauken?

Aber nein. Keine Schulreform, sondern Schulrevolution . . . Nicht das Alte stützen . . .

Sitzt nur ruhig weiter da drinnen, ihr unruhvollen kleinen Geister! Wir Weitblickenden, wir dulden keine Halbheiten. Nehmt weiterhin das Wandbild an der Stange für die lebendige Natur — laßt euch für Kriege begeistern statt für Arbeit und Aufbauen! Ihr und eure Kinder und Kindeskinder vielleicht noch.

Aber seid getrost — dann, dann kommt eine Zeit, wo wir wo unsere Enkel das Alte stürzen und an seine Stelle das Neue bauen. Weh' dir, daß du kein Enkel bist!

Nachdenklich ziehe ich das Blatt aus der Tasche und lese den Kopf: „Sozialistischer Erzieher. Wochenschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer, der pädagogischen Internationale und für sozialistische Elternbeiräte." Erzieher . . . Lehrer . . . Eltern . . . sozialistisch . . . Reaktion . . . Internationale . . . Moskau — Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! —

Durch den lachenden Septembermorgen klingt ferner und ferner das Chorsprechen halb verschlafener Kinderstimmen hinter verschlossenen Fenstern. Ueber die Baumwipfel ragt hart und viereckig in den Herbsthimmel der Backsteinbau der Schule. R. L.

Aus Knut Hamsuns Sturm- und Drangjahren. Knut Hamsun, der diesjährige Nobelpreisträger, hat lange Jahre des Sturmes und Dranges in verzweifeltem Ringen und in harten Entbehrungen verbracht. Ueber diese dunkle Ur- und Vorzeit seines Schaffens hat Prof. Anderson Mitteilungen gemacht.

Der Dichter ist ein Bauernsohn und heißt eigentlich Knut Pedersen. Als sich in ihm der Dichtergeist regte, ging er zu Björnson, der ihm riet, nach Amerika auszuwandern und ihn an Anderson empfahl. Auf Andersons Rat vertauschte er nun seinen Namen mit Hamsun, dem Namen des norwegischen Bauernhofes, auf dem er aufgewachsen war. Zunächst brachte der Professor seinen Schützling bei einem Kaufmann unter, aber dort wollte der junge Norweger nichts tun, sondern dichtete nur, und so schickte er ihn nach Mineapolis, weil man dort einen unitarischen Prediger brauchte. Knut brachte es auch so weit, daß er Predigten hielt, aber sie waren unzusammenhängend und allzu phantastisch. Als Anderson ihn einst besuchte, hörte er, Hamsun sei todkrank, er hätte die „galoppierende Schwindsucht". „Als ich zu ihm hinaufkam," erzählt der Professor, „lag er im Bett, mutlos und mager. Er war voll Todesgedanken und wollte nur noch nach Norwegen reisen, um dort zu sterben. Aber er hatte kein Geld."

In Norwegen erholte sich Hamsun wieder und war eine Zeitlang als Religionslehrer tätig. Dann ging er aber wieder nach Amerika zurück, um hier von neuen bittere Enttäuschung zu erleben. Eine Zeitlang arbeitete er als Fuhrmann, dann war er Straßenbahnschaffner und fuhr schließlich im Zwischendeck zurück, mit einem dicken Manuskript: „Das Geistesleben des modernen Amerika". Man verdächtigte ihn anarchistischer Gesinnungen; die Polizei bewachte ihn scharf, und die Verleger wollten von seinem Buch nichts wissen. So sah er sich denn wieder dem grausigen Nichts gegenüber. „Er mietete ein Zimmer am St.-Hans-Markt", erzählt Anderson, „und setzte sich dorthin, um zu hungern. Aber als er hungerte, schrieb er nach und nach seine Gefühle nieder, und bald hatte er ein Kapitel eines Buches fertig, das er „Hunger" nannte. Damit ging er zu dem Redakteur der Zeitschrift „Tilskueren", der es annahm und ein kleines Honorar dafür zahlte. Nach der Veröffentlichung erregte es ungeheures Aufsehen. Männer wie Georg Brandes und Skram suchten ihn auf. Sie fanden da ein abgemagertes, riesiges Gerippe in einem leeren Zimmer sitzen, denn Knut Hamsun maß in aufrechter Stellung seine sechs Fuß und mehr. . . .

Auf 1000 Deutsche ein Kraftwagen. Die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge von rund 83 000 vor dem Kriege ist auf 62 000 zu Anfang 1920 gesunken. An dieser Veränderung sind die Personenwagen am stärksten beteiligt; bei diesen ergibt sich, daß die Zahl von rund 60 000 vor dem Kriege auf 32 000 gesunken ist. Die Motorräder sind von 22 500 auf 9300 gesunken. Dagegen sind die Lastkraftwagen von 9600 auf 19 700 gestiegen. Die Aenderung der Gesamtzahl bedeutet, daß in Deutschland jetzt ein Kraftwagen erst auf rund 1000 Einwohner, gegen 1 : 600 vor dem Kriege, kommt. Unbenutzte Fahrzeuge sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Das Hohelied deutscher Arbeit. Der Verband oberschlesischer Volksbüchereien, der 1300 Volksbüchereien mit 400 000 Büchern begründet hat, gibt in dem Heimatverlag Oberschlesien, Gleiwitz, jeden 16 Kunstblätter 15:10 in Kupfertiefdruck heraus. Die zwei Mappen „Unser Oberschlesien", Das Hohelied deutscher Arbeit, kosten je 3 M. und bieten Industrieaufnahmen von hohem künstlerischen Reiz. In technischer Vollendung ausgeführt, werden diese Bilder von dem werktätigen Schaffen in den Gruben und Hütten Oberschlesiens beredtes Zeugnis ablegen.

Der Verein deutscher Ingenieure eröffnete am Montag seine 60. Hauptversammlung in der Technischen Hochschule, Charlottenburg. Prof. W. von Moellendorf sprach über das Thema: „Wirkungsgrad", wobei er die großen Aufgaben der Technik für den Neubau der Wirtschaft umfassend erörterte. Direktor Jung-Berlin und Oberingenieur Hammer-Nürnberg behandelten die Frage der wirtschaftlichen Arbeitsgestaltung bei der Massenfertigung und Einzelfertigung von Gütern. Prof. Schröter-München wurde die Grashof-Denkmünze des Vereins verliehen.

Der Naturforscher- und Aerztekongreß wurde am Montag in Bad Nauheim unter starker Beteiligung (auch das Ausland hat Vertreter gesendet) eröffnet. Auf dem Programm des Kongresses steht auch die Verhandlung der Relativitätstheorie, die — wie der Vorsitzende Prof. Friedrich von Müller-München betonte — hier frei von demagogischen Angriffen sachlich erörtert werden soll.

Theater. Die Erstaufführung von Hauptmanns „Einsame Menschen" im Deutschen Theater muß auf Donnerstag, den 23., verschoben werden. Dafür wird Mittwoch „Romeo und Julia" gespielt.

Rosa Poppe gastiert am 28. im Schauspielhause, an der Stätte ihrer langjährigen Wirksamkeit, als Maria Stuart in der Wohltätigkeitsvorstellung für das Märkische Wandertheater.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht plant für die nächste Zeit folgende Veranstaltungen: Lehrgang über die Aufgaben der Schule bei der Berufsberatung (27.—30. September); Bildwoche (vom 4.—9. Oktober); Seminar für Berufsberater (4. Oktober bis 22. Dezember); Vorlesungen des Berliner Lehrervereins (11.—17. Dezember), Vorträge zur Förderung des deutschen Unterrichts (16.—22. Oktober). Auskunft und Programm Potsdamer Straße 120.

Groß-Berlin

Spitzel unterwegs!

Arbeiter! Parteigenossen! Die kommunistischen Spitzelparteien, unterstützt von anderen Organisationen, deren Charakter, Mitglieder und Leiter niemand kennt, rufen die Berliner Arbeiterschaft zum Generalstreik und zu einer kommunistischen Demonstration zu heute vormittags 11 Uhr, auf. Worauf es diesen Elementen ankommt, ergibt sich aus dem Schlußsatz des Aufrufs, der in der „Roten Fahne" veröffentlicht ist, in dem es heißt:

Arbeitslose, seid Euch bewußt, daß Ihr der Vortrupp der Revolution seid. Keiner fehle!

Man befürchtet offenbar, daß die in Beschäftigung stehenden Arbeiter noch zuviel gesunde Ueberlegung gegenüber den kommunistischen Provokateuren haben, und versucht deshalb, die Not der Arbeitslosen auszubeuten. Man will nicht nur unser Wirtschaftsleben erneut zertrümmern, sondern mit Hilfe der Arbeitslosen, geführt von kommunistischen Provokateuren, neues Blutvergießen herbeiführen. Auf diesem Boden soll der kommunistische Weizen blühen.

Arbeiter, Parteigenossen, laßt Euch von den kommunistischen Lockspitzeln nicht provozieren, sorgt dafür, daß die Arbeiterschaft einmütig jede Teilnahme an dieser Demonstration ablehnt!

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D.

•

Die Unabhängigen lehnen ab.

Nach Mitteilung der „Freiheit" hat sich der Geschäftsführende Ausschuß der Berliner Parteileitung der U. S. P. mit der Aufforderung der Kommission der Erwerbslosenräte zwecks Beteiligung an einer heute, vormittags 11 Uhr, im Berliner Lustgarten stattfindenden Demonstration befaßt. Der Ausschuß kam zu dem Resultat, eine Beteiligung an der von der K. P. D. und K. A. P. mitarrangierten Demonstration abzulehnen mit der Begründung, daß in den aufgestellten Forderungen eine Reihe Punkte enthalten seien, zu deren Verwirklichung die Unabhängigen im gegenwärtigen Augenblick nicht die Hand bieten könnten. Die „Freiheit" bemerkt abschließend ausdrücklich, daß die U. S. P. an der in der „Roten Fahne" angekündigten Demonstration nicht beteiligt ist.

Die Landesversammlung zu Groß-Berlin.

Keine Stellungnahme des Innenministers.

Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung beschäftigte sich gestern beim Etat des Ministeriums des Innern mit den Groß-Berliner Fragen.

Der Abg. Dr. Leidig (D. Vp.) warf dabei die Frage auf, wie das Ministerium sich zum Roten Magistrat Berlin stelle, ebenso wünschte er Aufschluß über die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem preußischen Ministerium des Innern und dem Reichsministerium des Innern. Minister Severing erwiderte, daß das Ministerium jede Stellungnahme im gegenwärtigen Stand der Dinge zum Magistrat ablehnen müsse. Das nächste Wort hätte der Oberpräsident und weder er noch Staatssekretär Freund hätten diesem auch nur im geringsten vorgegriffen. Meinungsverschiedenheiten mit dem Reich hätten sich in zahlreichen Fällen ergeben, sie sind aber immer in freundschaftlicher Weise beigelegt worden. Es sei ungerecht, immer dem preußischen Ministerium des Innern die Schuld zuzuschieben, so hat sich z. B. das preußische Ministerium auf Veranlassung zweier Reichsressorts für die Verkürzung der Polizeistunde festgelegt, während das Reichsministerium nachträglich den Interessenten zugesagt hat, dagegen Stellung zu nehmen. Abg. Dr. Reinicke (Z.) erklärt, die Ereignisse in Groß-Berlin haben die Befürchtungen des Zentrums bestätigt.

Auf weitere Anfrage des Abg. Dr. Leidig erklärte der Minister, daß, soweit er es bisher übersehen könne, die Polizei in Berlin am gestrigen Tage bei den Vorgängen im Zirkus Busch sich korrekt benommen hätte. Die gewaltsame Durchführung der Räumung des Zirkus Busch hätte zu einem Blutvergießen führen können, das außer jedem Verhältnis zu dem angestrebten Zweck stand.

•

Der Gesamtbetriebsrat der städtischen Betriebe und Verwaltungen des Magistrats Berlin einschließlich des aus den Vororten gewählten Beirates wendet sich in einer Entschließung gegen das Vorgehen der Rechtsparteien, das dahin geht, das mit Mühe und Not zustande gebrachte Gesetz betr. Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin wieder zu Fall zu bringen. Der Gesamtbetriebsrat als die gesetzmäßig gewählte Vertretung aller städtischen Angestellten und Arbeiter Groß-Berlins fordert von der Regierung und den Parteien, die sich auf den Boden der Einheitsgemeinde stellen, daß sie diesen Bestrebungen entgegen treten. Die einzelnen Gemeinden haben sich auf das bevorstehende Groß-Berlin eingestellt und können nicht mehr selbständig existieren. Das bisherige Verwaltungssystem, ganz besonders der städtischen Betriebe, erfordert dringend eine Aenderung, wenn nicht die Unwirtschaftlichkeit bis zur höchsten Potenz gesteigert und damit die Schuldenlast der Gemeinde ins Unendliche führen soll. Die Betriebsräte hätten bereits eine Reihe praktischer Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse in den Betrieben ausgearbeitet und brennen darauf, sie den neuen Körperschaften zur Verfügung zu stellen. Sie seien nicht gewillt, den von ihnen vertretenen Angestellten und Arbeitern ein Weiterarbeiten über den 1. Oktober hinaus unter dem bisherigen System zu empfehlen und erwarten von der neuen Stadtverordnetenversammlung sowie von den sozialistischen Parteien, daß sie es verstehen werden, den Schlag der Saboteure abzuwehren und sind sich der Solidarität der gesamten werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins gewiß.

Um den Verkehrsdezernenten.

Der 25er Ausschuß trat gestern nochmals zu einer Sitzung zusammen, in der die zweite Lesung über die Wahl der Magistratsmitglieder auf der Tagesordnung stand. Zunächst trug ein bürgerlicher Redner nochmals die Bedenken gegen die Wahl Dr. Löwensteins als Oberstadtschulrat vor, durch die die Bevölkerung statt geeint zerklüftet werde. Der Ausschuß entschied mit 14 gegen 11 Stimmen sich für die Wahl Dr. Löwensteins.

Mit Rücksicht darauf, daß die Preußische Landesversammlung zum Gesetz Groß-Berlin eine Novelle schaffen werde, deren Zweck die Festsetzung einer bestimmten Zahl unbesoldeter Stadträte ist, appellierten die bürgerlichen Vertreter nochmals an das „demokratische Gewissen" der Ausschußmehrheit, jetzt noch alle bürgerlichen Parteien entsprechend ihrer Stärke im Magistrat zu berücksichtigen. Die Mehrheit entschied sich für die bisher gefaßten Beschlüsse. Hierauf verließen die bürgerlichen Vertreter geschlossen den Sitzungssaal.

Vorher wurde nochmals eine Aussprache über den Verkehrsdezernenten herbeigeführt, als welcher dem Plenum bekanntlich Prof. Giese in Vorschlag gebracht werden sollte. Von einem unserer Vertreter wurde anheimgegeben, zu dieser Frage erneut Stellung zu nehmen. Dies sei um so erforderlicher, als man nach Vorliegen weiteren Materials zu der Ueberzeugung kommen müsse, daß das den Ausschußmitgliedern in der letzten Sitzung vorgelegte Schreiben der Direktion der Großen Berliner über den Kandidaten Dr. Adler den Stempel des Tendenziösen trage.

Die bürgerlichen Vertreter suchten bei diesen Aeußerungen den starken Mann zu spielen und glaubten dem sozialdemokratischen Redner einen Umfall andichten zu sollen, weil jetzt die Straßenbahner mit einem Streik drohten. Unser Redner betonte demgegenüber, daß diese Drohung seine Fraktion nicht im geringsten in ihren Entschlüssen beeinflusse, aber es scheine tatsächlich, daß die Tätigkeit Dr. Adlers bei der Großen Berliner namentlich während der Kriegszeit keine gerechte Würdigung erfahren habe. Pflicht eines jeden Mitgliedes dieser Körperschaft sei es jedoch, die fachlichen Qualitäten eines sich um ein so wichtiges Dezernat bewerbenden Kandidaten gewissenhaft zu prüfen. Der Ausschuß beschloß, heute, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, nochmals zusammenzutreten und neben Dr. Adler auch Herrn Prof. Giese sowie einen dritten Kandidaten, Herrn Direktor Schmidt, von der Hoch- und Untergrundbahn zu laden.

Ob die bürgerlichen Vertreter an dieser Sitzung teilnehmen, dürfte nach deren demonstrativem Abzug von gestern sehr fraglich sein.

•

Der zum Verkehrsdezernenten vorgeschlagene Dr.-Ing. Adler wehrt die gegen ihn gerichteten Angriffe in der folgenden Zuschrift ab:

„In einigen Tagesblättern wurde eine Erklärung der Direktion an die Mitglieder des 25er Ausschusses auszugsweise veröffentlicht, in der über meine Tätigkeit vollkommen haltlose Behauptungen aufgestellt wurden. So wurde u. a. angeführt, daß vereinzelte meiner Vorschläge für die Verbesserung der Wagen als wenig geeignet sich erwiesen hätten. Hierzu sei bemerkt, daß gerade durch meine Arbeiten auf diesem Gebiete grundlegende Verbesserungen an den Wagen durchgeführt wurden, die auch die älteren, stark mitgenommenen Typen wieder gebrauchsfähiger gestalteten. Ich verweise diesbezüglich auch auf meine Veröffentlichungen in der „Zeitschrift für elektrische Kraftbetriebe und Bahnen", „Zeitschrift für Kleinbahnen", „Verkehrstechnik", „Elektrotechnische Zeitschrift" u. a. Auf Grund meiner Erfolge wurde ich dann auf Veranlassung der Direktion vor zwei Jahren in den Normungsausschuß für Bahnwagen des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen gewählt.

Auch über die Frage der Stromverrechnung wurde mitgeteilt, daß durch nicht hinreichende Angaben meinerseits der Vertrag bezüglich der Kohlenklausel mit den Städtischen Elektrizitätswerken ungünstig für die Große Berliner Straßenbahn ausgefallen wäre. Aus dem vorliegenden Aktenmaterial ergibt sich einwandfrei, daß ich an diesen Verhandlungen überhaupt nicht beteiligt war — daß ich aber andererseits bereits Ende Oktober v. J. auf die unbedingte Notwendigkeit der Neuregelung des Stromlieferungsvertrages mit Rücksicht auf die sprunghafte Steigerung der Kohlenpreise dringendst hinwies. Erst ab 1. April d. J., also fünf Monate später, kam ein neuer Vertrag zustande.

Bezüglich der Verkehrsfragen wurde angeführt, daß dies dienstlich nicht in meinen Bereich fällt. Hierzu sei bemerkt, daß meine Stellung bei der Großen Berliner Straßenbahn in der Hauptsache die eines technischen Beirats der Direktion ist. Als solcher habe ich mich nicht lediglich mit elektrotechnischen und maschinentechnischen Angelegenheiten zu befassen, sondern vor allem auch mit fahr- und verkehrstechnischen Fragen. Ich verweise hierbei auch auf meinen Vortrag bei der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privateisenbahnen vom 27. November 1919. Dr.-Ing. Leonhard Adler."

Raubüberfall auf einen 70jährigen.

Ein schwerer Raubüberfall in Schöneiche bei Köpenick beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Der in der Ahornstraße zu Schöneiche wohnende 70 Jahre alte Rentner Julius Scholz wurde aus mehreren Kopfwunden stark blutend aufgefunden. Der Greis gab an, daß er in seinem Keller von einem Manne überfallen worden sei, der mit einem Knüppel solange auf ihn eingeschlagen habe, bis er zusammengebrochen sei. Der Täter sei dann davongegangen. Er habe versucht, die Treppe hinaufzugehen, sei aber auf dieser wieder besinnungslos zusammengebrochen. Als er dann später wieder zu sich gekommen sei, habe er sich mit letzter Kraft hinaufgeschleppt und die Wohnung aufgesucht, um Hilfe zu holen. Im Wohnzimmer habe er dann gesehen, daß alles erbrochen war. Der Greis mußte sofort nach dem Köpenicker Krankenhause gebracht werden. Der von dem Ueberfall benachrichtigte Amtsrichter von Köpenick stellte fest, daß alle Schränke und Behältnisse geöffnet waren, doch weiß man nicht, was daraus geraubt worden ist. Bestimmt mitgenommen hat der Täter eine goldene Uhr, die sich an einer Kette in der Weste befand.

Nach den polizeilichen Feststellungen kommt als Täter ein Lumpensammler in Frage, der in der dortigen Gegend oft gesehen worden ist und der längere Zeit hindurch ungesehen in dem Keller des betreffenden Hauses gewohnt hat. Dort war in einer Ecke ein richtiges Nachtlager aufgeschlagen, bestehend aus zwei Bettvorlegern, einem hellgrauen Unterrock und einigen Säcken. Die

S.-P.-D.-Funktionäre!

Heute 6 Uhr im Patzenhofer Ausschank (Bockbrauerei), Fidicinstr. 2/3: Allgemeine Konferenz aller S.-P.-D.-Funktionäre. Mitgliedsbuch und grüne Karte dienen als Ausweis.

Der Bezirksvorstand.

Das Licht der Heimat.

18] **Von August Hinrichs.**

Harm dachte daran, was der Pastor früher davon gesagt hatte, aber es hatte wohl keinen Zweck, ihn jetzt daran zu erinnern.

Eine Pause entstand und der Pastor überlegte: wie bringe ich es nur an, — wenn sie nur reden wollten.

Da nahm Meta den Beutel in die Hand und sagte: „Herr Pastor, wollen Sie nicht die Zinsen mitnehmen? Ich habe sie schon zurechtgelegt."

„So — so —," sagte er und war unschlüssig: „es hat aber ja keine Eile damit. Deswegen bin ich nicht gekommen."

Meta zählte schon das Geld auf den Tisch. Sie fühlte deutlich, wie jedes einzelne Stück sich von ihr trennte und dachte dabei: das sind die Kartoffeln gewesen, das war der Hafer, das war das kleine Kuhkalb und das war Mutters große goldene Brosche.

„Es stimmt wohl?" fragte sie.

„Danke, aber nur, wenn Ihr es wirklich schon entbehren könnt."

„Ja, wir haben es übrig."

„So — so —, das ist gut. Ja, ich sagte schon, man ist an mich herangetreten, die Bohrungen zu unterstützen. Und ja — da wollt ich Euch fragen, — wenn es möglich ist, meine ich — ob Ihr vielleicht die Grundschuld ablösen könnt. Ich denke, daß Ihr das Geld jetzt ohne Schwierigkeit irgendwo wiederbekommen werdet. Es ist ja eigentlich nur eine Umschreibung nötig —."

Einen Augenblick schloß Meta die Augen. Es war ihr, als ob hundert Hände ihren Rock faßten und sie langsam zu Boden zögen. Ihre Knie zitterten.

Plötzlich sah sie Harm ganz bloß mit herabhängenden Armen an der Wand stehen — hilfeflehend sah er sie an mit gequälten Augen.

Da hob sich mit einem Male ihre Brust — ein jäher Entschluß fuhr ihr blitzartig durch den Kopf, und zugleich fühlte sie alle diese unendlich schweren Sorgen der letzten Zeit von sich abgleiten. Eine große Ruhe kam über sie, und sie war plötzlich frei und glücklich. Wie von weither hörte sie die Stimme des Pastors: „Ich will natürlich gern einmal mit dem Voßbauer reden, vielleicht hat der —"

Sie trat rasch auf ihn zu: „O, das ist nicht nötig, Herr Pastor, wir brauchen es nicht mehr. Und ich danke Ihnen noch herzlich, daß sie uns damals geholfen haben."

Sie lächelte so heiter dabei, daß er verwirrt wurde. Er stand auf. Das hatte er nicht erwartet, daß sie es so leicht nehmen würden. Ihm fiel ein Stein vom Herzen, und zugleich wollte es ihn doch ein wenig ärgern, daß er hier so rasch entbehrlich war.

Er nahm, noch immer verwundert, Abschied, aber an der Tür machte er noch einmal Halt: „Wenn es aber irgendwelche Schwierigkeiten machen sollte —"

„O nein," sagte Meta und sah ihn sonderbar ruhig an, „es ist ein großes Glück für uns alle."

Da ging er mit hochrotem Kopf hinaus.

Als Meta in die Stube zurücktrat, stand Harm noch unbeweglich da und sah sie hilflos an. Wie zerquält und abgearbeitet hatten die Jahre ihn gemacht — alt und grau und müde lehnte er an der Wand.

Sie trat zu ihm und legte ihm lächelnd beide Hände auf die Schultern? „Harm — jetzt sollst du dich keinen einzigen Tag mehr quälen. Jetzt müssen und wollen wir fort von hier. Gott sei Dank!"

Fort von hier — da ging es wie ein Krampf durch seinen Körper. Er schwankte an den Tisch, legte den Kopf auf die Arme und schluchzte wie ein Kind.

Fort von hier — fort von hier!

•

Naßkalt und neblig lagen graue Schwaden auf der Heide. Trübe und gleichmäßig rieselte ein feiner Regenstaub, nur hin und wieder von einem Windstoß gejagt.

Viele Menschen waren just nicht da, als die kleine Stelle neben des Voßbauern großen Feldern verkauft wurde; aber alle, die Harm von früher her kannten, waren doch gekommen und standen unter klobigen Regenschirmen auf dem Hof und auf der offenen Diele zu warten.

Dierk, der überall auf fremde Gesichter sah, trat fröstelnd vor die Tür. Er wußte nicht, wo er bleiben sollte, überall waren fremde Menschen, die gleichgültig und gelangweilt herumstanden und mit großen Händen alle Gegenstände prüfend befühlten.

Auf der Straße gerade vor dem Tor hielt ein Wagen, auf dessen Vordersitz unter dem nassen Lederverdeck ein kleines Mädchen kauerte und neugierig herausblickte.

„Du," sagte sie, als sie ihn sah, „dauert das noch lange?"

„Was?" fragte er.

„Bis mein Vater herauskommt?"

„Das weiß ich nicht."

Sie sah ihn mit blauen, lebhaften Augen eine Zeitlang verwundert an, wie er ohne Schirm am Tor stand, dann meinte sie: „Komm hier doch mit unter die Decke — du wirst ja ganz naß."

„Wie heißt du denn?" fragte er, ohne näherzutreten.

„Ich?, Teda Voß."

„Ist der Voßbauer dein Vater?"

„Ja, aber willst du nicht mit heraufkommen?"

„Ich weiß nicht," sagte er, aber sie rückte schon zur Seite und hob das Verdeck. „Nur schnell! Ich hab hier auch noch eine Pferdedecke. Da wollen wir uns hineinwickeln, dann ist es wärmer."

Dierk sah sich um — er wußte heute keinen behaglichen Platz im Haus, da kletterte er rasch hinauf und kauerte neben ihr nieder. Sie kuschelte sich warm an ihn. Ihre Gesichter sahen dicht nebeneinander unter der Decke hervor und das Lederverdeck hielt die Nässe ab — so war es ganz behaglich.

„Ja, aber morgen ziehen wir hier weg in die Stadt."

„Ach, das ist aber fein."

„Nein, das ist gar nicht fein!"

„Wärst du denn lieber hier geblieben?"

„Ja, viel lieber!"

„In diesem kleinen Haus?" fragte sie verwundert, „Ihr habt ja nicht einmal eine Glaskugel im Garten, und einen Pfau habt Ihr auch wohl nicht?"

„Nein," sagte er, „aber ich hab hier ein eigenes Beet im Garten, da kann ich pflanzen, was ich will."

„Ach, das ist fein," meinte sie und schmiegte sich dichter an ihn, „du mußt mich fest umfassen, dann ist es wärmer. Was hast du denn gepflanzt?"

Da empfand er in seiner Verlassenheit die Wärme ihres kleinen Körpers als etwas Liebes und Inniges und wurde ganz zutraulich. Und dann erzählte er ihr von allen Herrlichkeiten des Hauses, von den Schwalben unter dem Dielenbalken, von seinen Tieren und von dem krummen Apfelbaum, auf dessen Ast man so herrlich reiten konnte und schaukeln. Und die blanken Aepfel hingen einem dabei gerad so vorm Gesicht, nur die Hand brauchte man danach auszustrecken.

(Forts. folgt.)

Tat selbst ist in einem kleinen Nebenraum ausgeführt worden, in dem ein Hauklotz steht. Neben diesem Hauklotz fand man eine große Blutlache. Blutspritzer zeigten sich vom Klotz bis zur Treppe. Auf einem Kohlenstapel, der ebenfalls starke Blutflecke aufwies, lag ein 44 Zentimeter langer und 5 Zentimeter starker Knüppel aus Erlenholz, mit dem der Ueberfall ausgeführt worden ist.

Ein falscher Feld- und Stabsarzt.

Dem unheimlichen Treiben eines falschen Arztes hat die Kriminalpolizei ein Ende gemacht. Beamten kam zu Ohren, daß am Schiffbauerdamm ein Arzt verbotene Hilfe leiste. Die Nachforschungen hatten zunächst kein Ergebnis. Es war nicht einmal festzustellen, in welchem Hause dieser Arzt seine unerlaubten Eingriffe machen sollte. Die Spur führte endlich auf einen Mann namens Albrecht, der auf dem Grundstück Nr. 33 im ersten Stock des Hofgebäudes wohnte. Eine Durchsuchung seiner aus Küche, Stube und Kammer bestehenden Wohnung bestätigte den Verdacht. Man fand allerlei ärztliche Instrumente und Medikamente, die der Wohnungsinhaber zusammengekauft, und einen Operationstisch, den er selbst gebaut hatte. Die verbotene Praxis des falschen Arztes, der als ein früherer Kellerarbeiter und Kutscher einer Weißbierbrauerei entlarvt wurde, war so lohnend, daß er sich ein eigenes Auto halten und für die Garage 8000 M. Miete zahlen konnte. Albrecht, der sich in seinen Sprechstunden Feld- und Stabsarzt Dr. Albrecht nannte und einen weißen Operationsmantel trug, hatte nach den Ermittlungen großen Zulauf aus bessergestellten Kreisen, nicht nur in Groß-Berlin, sondern auch in der Provinz. Es wird behauptet, daß einige seiner Operationen sogar tödlich verlaufen seien. Nach dieser Richtung sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen. Der falsche Arzt wurde festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Winterfahrplan für den Stadtverkehr.

ist jetzt erschienen. Gegen den Sommerfahrplan ist der neu erschienene nur auf wenigen Strecken grundlegend geändert, so daß der Fahrplan eine wesentliche Verbesserung gegen früher, vor allen Dingen gegen die Kriegsjahre darstellt. Während es sonst üblich war, Sonntags- wie auch Werktagsverkehr im Winter gegen den Sommer erheblich einzuschränken, hat man diesmal hiervon Abstand genommen und nur auf den bekannten Ausflugsstrecken, auf denen der Ausflugsverkehr im Winter erfahrungsgemäß stark nachläßt, Einschränkungen vorgenommen. Auf der Ringbahn wird zunächst der erweiterte Fahrplan (4—6 Züge stündlich) beibehalten. Daneben werden auf den einzelnen Strecken noch eine Reihe Entlastungszüge in den Hauptverkehrszeiten gefahren. Eine Neuerscheinung im Sonntags-Ringverkehr bildet die Wiederaufnahme des Zugverkehrs auf der Strecke Potsdamer Ringbahnhof—Grünau (Mark) über Hermannstraße und zurück, auf der im Laufe des Tages eine ganze Anzahl von Zügen am Vor- und Nachmittag zwischen Ringbahnhof Schöneberg und Grünau gefahren werden, die auch den Verkehr nach der im Laufe des Sommers neu eröffneten Station „Köllnische Heide" vermitteln. Der Werktagsverkehr auf der Strecke Potsdam—Stadtbahn—Erkner bringt eine Reihe von Verbesserungen gegen den Sommerfahrplan. Besonders bemerkenswert ist eine neue Frühverbindung vom Schlesischen Bahnhof nach Fürstenwalde. Der Vendelzug ab Erkner 5,12 früh, an Fürstenwalde 5,46 früh hat Anschluß von Berlin erhalten, und zwar durch den Vorortzug ab Schlesischer Bahnhof 4,15 früh, so daß die Reisenden nach Fürstenwalde nicht erst mit dem über zwei Stunden später fahrenden nächsten Zuge zu fahren brauchen. Im Werktagsverkehr auf der Strecke Grunewald—Stadtbahn—Grünau ist der abendliche Berufsverkehr durch Einlegung einiger Züge verbessert worden.

Stark eingeschränkt ist der Sonntagsverkehr auf der Vorortstrecke Görlitzer Bahnhof—Königswusterhausen, auf der für die Dauer der Wintermonate stündlich kaum mehr als ein Zug in jeder Richtung gefahren wird.

Ergebnisse der Niederbarnimer Kreistagswahl.

Die Kreistagswahl im Westkreise Niederbarnim ist am Sonntag unter schwacher Beteiligung durchgeführt worden. Gegenüber der Reichstagswahl am 6. Juni ist bei allen Parteien ein mehr oder minder starker Stimmenrückgang eingetreten. Ein vollständiges Ergebnis liegt erst aus dem Wahlbezirk Mühlenbeck-Schönwalde vor. Dort erhielten: D. Vp. 1444 Stimmen, Deutschn. Vp. 845, S. P. D. 671, U. S. P. 1444. Infolge Listenverbindung zwischen der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei sind gewählt: 2 D. Vp., 1 U. S. P. 3. Wahlbezirk (Neuenhagen-Ahrensfelde); zwei Orte fehlen. Es erhielten: D. V. P. und Dem. 638, Dnatl. 743, S. P. D. 848, U. S. P. 251. Die Wahl eines Deutschnationalen, eines D. V. P. und eines S. P. D. ist sicher. 5. Wahlbezirk (Birkenwerder). 1 Ort fehlt. Es erhielten: D. V. P. 428, Dem. 215, Dnatl. 646, S. P. D. 426, U. S. P. 596. Als gewählt sind zu betrachten: 1 D. V. P., 1 Dnatl., 1 U. S. P.

Aus dem Wahlverband der Städte liegen folgende Ergebnisse über die Wahlen durch die Vertretungen vor: In Erkner, wo für die Kandidaten der S. P. D. und der D. V. P. sich 11:11 Stimmen ergaben, entschied das Los zugunsten der S. P. D., ebenso in Liebenwalde, wo 8:8 Stimmen abgegeben wurden. In Bernau sind gewählt: 1 S. P. D., 1 U. S. P. und 1 D. V. P.; in Oranienburg: 2 Demokraten, 1 S. P. D., 1 U. S. P. und 1 D. V. P.

Dr. **Löwenstein** wird erneut in einer Versammlung des **Verbandes sozialistischer Lehrer am Mittwoch, den 22.,** abends 7 Uhr, in der Neuen Welt, Hasenheide, sprechen. Die Lehrer sind besonders eingeladen. Zur Deckung der Unkosten werden 30 Pfennig Eintrittsgeld erhoben.

Die neue Millionenanleihe Berlins. Zu der Notiz über die Aufnahme einer neuen Anleihe der Stadt Berlin über 896 000 000 M. für die vom Reich nach § 59 des Landessteuergesetzes zu übernehmenden Kriegsausgaben tragen wir nach, daß eine Begebung dieser Anleihe nicht beabsichtigt ist. Die Anleihe soll später in einer Gesamtanleihe aufgenommen werden, die auch den Bedarf gleicher Art für die zum neuen Berlin kommenden Vororte umfassen wird. Die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung dieser Gesamtanleihe wird das Reich der Stadt Berlin fortlaufend ersetzen.

Die neue Brücke über den Nordringeinschnitt in der Dunckerstraße wurde gestern vormittag dem Verkehr übergeben. Bürgermeister Dr. Reicke richtete Worte des Dankes an den Erbauer der Brücke, den Geheimen Stadtbaurat Krause und an alle seine Mitarbeiter. Die Dunckerbrücke ist die 40. von Geheimrat Krause erbaute Brücke; sie ist als Notstandsarbeit hergestellt worden. Die Brücke soll die südlichen und nördlichen durch die Ringbahn geschiedenen Stadtteile der verkehrsreichen Gegend verbinden. Die Herstellungskosten waren auf 730 000 M. veranschlagt, stiegen aber durch die eingetretenen Lohnerhöhungen und die einzelnen Preissteigerungen auf 887 000 M. Die Brücke ist eine Eisenkonstruktion mit drei Oeffnungen und zwei Mittelstücken, der Mittelbogen hat eine Spannung von 20 m, die Seitenöffnungen eine solche von je 10 m, die Fahrdammbreite beträgt 5 m, die Laufwege beiderseits je 2 m.

Die Zusammenlegung der Rettungsstellen. Der Verbandsausschuß für das Rettungswesen hat die vorgeschlagene Zusammenziehung einiger Rettungsstellen bzw. Verlegung in ein Krankenhaus gutgeheißen. Die gegen eine derartige Zusammenlegung erhobenen Einwände sind eingehend geprüft worden; es hat sich aber herausgestellt, daß in anderen Stadtgegenden ein weit größerer Umkreis von einer einzigen Rettungsstelle versorgt wird, als es in den jetzt zusammenzulegenden Bezirken der Fall sein wird. Die Verringerung der Zahl der Rettungsstellen hat eine Verminderung des Aerzte- und Heilgehilfenpersonals übrigens nicht zur Folge, da nach dem 1. Oktober eine wesentliche Erweiterung des Tätigkeitsgebiets des Rettungsamtes eintreten wird.

Hoteldiebe als Dachakrobaten. In der Nacht zum Sonnabend ist in einem großen Hotel Unter den Linden ein besonders verwegener Hoteldieb aufgetreten. In Höhe des 4. Stockwerks jenes Hotels zieht sich um das Haus eine eiserne Galerie. Der Täter, der entweder über die Dächer vom Brandenburger Tor her gekommen ist oder sich schon vorher im Hotel verborgen gehalten hat, ist gegen 4 Uhr morgens von der Galerie aus durch die meistens offenstehenden Fenster in eine ganze Zahl von Zimmern eingedrungen. Die Zimmer wurden zum Teil von englischen Entente-Missionsmitgliedern, darunter dem General Bingham, dem Chef der Entwaffnungskommission, sowie dem Mitglied der amerikanischen Hilfsaktion für Zentraleuropa, W. L. Brown, ferner einem bekannten amerikanischen Journalisten usw. bewohnt. Mit größter Dreistigkeit hat der Täter aus einem Schlafzimmer eine auf dem Nachttisch liegende wertvolle Perlenkette entwendet, ohne daß die Zimmerbewohner erwachten. Nur das im Nebenzimmer schlafende Töchterchen wurde aufmerksam, als sich der Täter am Schreibtisch zu schaffen machte. In einem anderen Zimmer wurde er verscheucht, weil nebenan die Hunde anschlugen. Er ist dann über die Galerie, offenbar über die Nebendächer hinweg, entkommen. Die Perlenkette besteht aus 100 Perlen, in der Mitte eine von etwa Erbsengröße, die übrigen nach den Enden kleiner werdend. Erbeutet hat er ferner eine schwarzseidene Damenhandtasche mit Elfenbeinbügel, darauf Buchstaben aus Elfenbein gez. J. A. B., enthaltend 1000 M. deutsches Geld, einen kleinen braunen Lederkoffer gez. E. C. A., einen kleinen Browning, bunte Oberhemden, 2 Paar Beinkleider, 1 Anzug, 1 goldene Herrenpanzeruhrkette und eine goldene Sicherheitsnadel mit Inschrift „29. march 13". Der Gesamtwert der entwendeten Sachen beträgt zirka 8000 M. Auf die Ermittlung des Täters ist seitens der Kriminalpolizei für Personen aus dem Publikum eine Belohnung von 3000 M. ausgelobt, außerdem wird für Herbeischaffung der entwendeten Wertsachen eine hohe Belohnung gezahlt. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, werden an Kriminalkommissar Gennat, Polizeipräsidium (Zimmer 61), erbeten.

Achtung, Rentenempfänger! Die Umanerkennungen nach dem neuen Reichsversorgungsgesetz machen es dringend erforderlich, daß die zuständigen Versorgungsämter sich im Besitz der genauen Adressen der Rentenempfänger, deren Versorgungsanspruch sich auf eine nach dem 31. Juli 1914 beendete Dienstleistung gründet, befinden. Daher sollen vorstehend bezeichnete Rentenempfänger, falls sie seit der letzten Anerkennung ihres Rentenanspruchs verzogen sind, dem Versorgungsamt die jetzige genaue Adresse angeben. — Zuständig sind für Namensbuchstaben: A—E Versorgungsamt I Berlin-Schöneberg, F—H Versorgungsamt II Berlin-Schöneberg, J—L Versorgungsamt III Berlin-Schöneberg, M—Q Versorgungsamt IV Berlin-Schöneberg, R—SO Versorgungsamt V Berlin-Schöneberg, Sp—Z Versorgungsamt VI Berlin-Schöneberg.

Der Mieterverband Groß-Berlin, Ortsgruppe Treptow, veranstaltet am Donnerstag, den 23. September, abends 7½ Uhr, im Neuen Gesellschaftshause (Bahnhof Treptow) eine öffentliche Mieterversammlung, wobei über gesetzwidrige Maßnahmen der Mieteinigungsämter sowie über den drohenden Mieterstreik ausführlich gesprochen wird.

Ohnmacht gegenüber der Wohnungsnot.

Die Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hatte gestern wieder eine lange Erörterung der Wohnungsnot. Der Magistrat forderte für die in Ausführung begriffene Wohnhauskolonie „Lindenhof" zu den bisher bewilligten 30 Millionen Mark Baukosten noch weitere 7 Millionen, für die Holzhäuser an der Rubensstraße zu den bisherigen 2 600 000 M. noch 425 000 M., zum weiteren Ausbau von Dach- und Kellerwohnungen und zu Wohnungsteilungen 2 Millionen. Außerdem lag ein Antrag Jaßow (Wirtsch. Vereinigung) vor, der für die Errichtung von Wohnungen die schon regulierten Straßen empfahl und Wohnungen für den Mittelstand verlangte. Auf Angriffe, die Petersohn (U. S.) gegen das leistungsunfähige Wohnungamt richtete, antwortete Oberbürgermeister Dominicus, daß zurzeit 15 000 Wohnungsgesuche vorliegen und 2000 davon als „dringlich" anerkannt sind, womit für das Wohnungsamt jede Uebersichtsmöglichkeit aufhört. Alle Millionen, die bisher für Wohnungsbauten aufgewendet wurden, haben

keine nennenswerte Abhilfe zu bringen vermocht.

Zu einem Antrag Kunze (Deutschn.), einen Ausschuß zur Untersuchung der Beschwerden gegen das Wohnungsamt einzusetzen, erklärte der Oberbürgermeister, er wolle diesem Vorschlag nicht widersprechen, beim Wohnungsamt bestehe aber schon eine Beschwerdeinstanz. Stadtbaurat Wagner und Stadtrat Lange schlossen sich an mit der Bestätigung, daß gegenüber einem so außerordentlichen Bedürfnis das Wohnungsamt machtlos ist. Die Versammlung genehmigte die geforderten Geldbewilligungen. Sie nahm auch den Antrag Jaßow an (nachdem der Antragsteller selber den „Mittelstand" gestrichen hatte), ebenso den Antrag Kunze auf Einsetzung eines Beschwerdeausschusses.

Ein Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, der unverzügliche Berufung der Bezirksversammlung für den Verwaltungsbezirk Schöneberg und Friedenau forderte, wurde von Czeminski (Soz.) bekämpft. Unser Redner hielt den rechtsstehenden Parteien vor, daß sie es jetzt mit einem Male sehr eilig haben, obwohl gerade sie sich der kommunalen Neugestaltung Groß-Berlins heftig widersetzen. Bei dem Vorwurf der Minderheitsentrechtung durch die sozialistische Mehrheit Groß-Berlins stellte Kaspar (Soz.) fest, daß ohne die von der Revolution gebrachte Aenderung des Gemeindewahlrechts die Deutschnationalen usw. kaum vertreten wären. Auch Czeminski rechnete noch scharf mit diesen angeblichen „Schützern" des demokratischen Prinzips ab, für das sie sich jetzt plötzlich begeistern, weil sie in der Minderheit geblieben sind. Der Antrag, für den auch die Demokraten stimmten, wurde angenommen.

Ein Streit um das Hakenkreuz

entbrannte bei einer Anfrage der Deutschnationalen wegen Verweigerung einer Schulaula für eine vom Stadtverordneten Kunze einberufene Versammlung, zu der unter dem Zeichen des Hakenkreuzes eingeladen worden war. Oberbürgermeister Dominicus antwortete, mit Kunze habe der Magistrat schon üble Erfahrungen gemacht, weil er mal in einer Versammlung, zu der eine Aula hergegeben war, ein bis drei Mark Eintrittsgeld forderte. Die Verweigerung der Aula wegen des Hakenkreuzes, mit dem die Einladung „geschmückt" war, sei vom Magistrat nachträglich gebilligt worden, doch habe dieser auf des Oberbürgermeisters eigenen Antrag beschlossen, daß über Verweigerungen künftig nur der Gesamtmagistrat entscheiden soll. In der Debatte erklärte Hoffmann (USP.), seine Freunde seien sonst für Meinungsfreiheit, in diesem Fall aber ändere sich die Sache. Erdmann (Soz.) hielt die Entziehung der Aula für erklärlich, wenn Kunze damit Geschäfte machen wollte. Zu mißbilligen aber sei es, wenn Dominikus bei seinem Verbot aus politischen Motiven handelte. Eine Zensur der Versammlungen durch den Magistrat könne nicht zugelassen werden. Allerdings wehren sich, führte unser Redner weiter aus, die rechtsstehenden Parteien gegen solche Saalabtreibungen jetzt nur deshalb, weil sie selber darunter leiden. Früher machten sie es gegenüber den Sozialdemokraten ebenso.

8 Millionen für Notstandsarbeiten in Potsdam. Der Magistrat Potsdam hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, beim Bezirksausschuß die Genehmigung einer Anleihe von 8 Millionen Mark für die Notstandsarbeiten zu beantragen. Die Summe soll Verwendung finden für Straßenbahnregulierungen, Rodungsarbeiten und den Bau von Siedlungshäusern. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Vorlage als dringlich für die Freitagsitzung zugehen. Außerdem sollen die Arbeiten auf dem Kiewittgelände sofort begonnen werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, den 21. September:

24. Abt. Zahlabend der 1. Gruppe Martin abends 7½ Uhr bei Rößner, Immanuelkirchstr. 25. Zahlabend der 2. und 3. Gruppe am Mittwoch, den 22. September, abends 7½ Uhr, in den bekannten Lokalen.

Berlin-Mitte. Die für heute angesetzte Vorstandssitzung findet am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Lokal von Spiegel, Ackerstr. 1, statt. Die Abteilungsleiter werden gebeten, ebenfalls zu erscheinen.

S. P. D.-Fraktion des Verbandes der soz. Lehrer. 7½ Uhr Sitzung Hinter der Garnisonkirche. Wichtige Tagesordnung.

Neukölln. Elternversammlung 7½ Uhr Aula Oberrealschule, Emser Straße. Vortrag: Rechte und Pflichten der Elternbeiräte in der weltlichen Schule. Genosse Bose. Sämtliche Eltern sind eingeladen — namentlich die Eltern der 2., 6., 7., 15., 24., 29. und 37. Gemeindeschule, da an diesen Schulen die Wahlen am Sonntag, den 26. September, stattfinden.

Morgen, 22. September:

5. Abt. 7 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend in den Kreuzbergfestsälen, Kreuzbergstraße 48. Vortrag des Genossen H. Molkenbuhr.

6. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.

8. Abt. Zahlabende: 123./124. Bezirk bei Reim, Urbanstraße 29. 125./126. Bezirk bei Schmoldt, Hasenheide 58. 127./129. Bezirk bei Schulz, Urbanstraße 84. 130. Bezirk bei Drogge, Dieffenbachstraße 57. 128. Bezirk bei Kniep, Hasenheide 11. 131./132./134. Bezirk bei Wolf, Gräfestr. 26. 133. Bezirk bei Rohde, Dieffenbachstraße 36. 135./136. Bezirk bei Vogt, Boppstraße 8. 137./138. Bezirk bei Schüttler, Gräfestraße 3.

9. Abt. (Wahlkreis Hallesches Tor). Zahlabend 7 Uhr bei Walter, Elisabethufer 11, Ref. Genosse Schütte; bei Gläser, Kottbuser Ufer 39/40. Ref. Gen. Kreuziger. Jens, Naunynstr. 69. Ref. Genosse Wachs.

10. Abt. 7 Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Mai, Reichenberger- Ecke Ratiborstraße, Referent: Genosse Marske; Hebestreit, Reichenberger Str. 127, Referent: Genosse Krüger; Minnig, Forster Str. 36, Referent: Genosse Litke; Paarh, Lausitzer Str. 52, Referent: Genosse Wolf.

12. Abt. 7 Uhr Zahlabend in den bekannten Lokalen.

13. Abt. Der Zahlabend findet nicht am 22., sondern am 29. statt.

19. Abt. Mitgliederversammlung 7 Uhr bei Schulze, Samariterstr. 38. Tagesordnung: Bericht vom Bezirkstag und von der Kreisvertreter-Versammlung. Vortrag des Genossen Wildegans über die technische und praktische Durchführung der Müllverbrennung.

27. Abt. Zahlabend in den bekannten Lokalen.

30. Abt. 7½ Uhr Zahlabend in folgenden Lokalen: Betich, Pappelallee 80, Röper, Stargarder Straße 18, und Schneider, Kuglerstraße 10.

32. Abt. 7½ Uhr in den Lokalen von Bleßin, Stargarder Str. 3, und Katter, Gleimstraße 45, Zahlabend. Bericht vom Bezirkstag.

33. Abt. Zahlabend in den bekannten Lokalen.

34. Abt. Zahlabend 7 Uhr in den bekannten Lokalen.

36. Abt. 7½ Uhr Zahlabend bei Dell, Bergstraße 71, Bärwalde, Schlegelstraße 8, Beiran, Pflugstraße 1, Dicke, Bovenstraße 19.

37. Abt. 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: Bez. 727, 728, 733, 734 und 735 bei Otto Schreiber, Perleberger Str. 52; Bez. 729, 730, 731 und 732 bei R. Tschammer, Rathenower Str. 74; Bez. 736, 737, 738 und 739 bei G. Borges, Lehrter Str. 18/19. Die Bezirksführer werden nochmals gebeten, die Mitgliedsbücher einzufordern und pünktlich abzurechnen bis zum 25. 9. 20.

39. Abt. 7½ Uhr Diskutierabend bei Berger, Levetzow-, Ecke Jagowstraße. Thema: Lassalles Leben und Wirken. Referent: Gen. Hädicke.

42. Abt. Zahlabend bei Behrend, Tegeler Straße 22, Utnehmer, Triftstraße 49, und Dohse, Nordhafen 6.

43. Abt. (Wahlkreis Wedding). Zahlabend 7 Uhr bei Meyer, Bankstraße 62, bei Sachse, Lindower Straße 26, bei Schade, Kösliner Straße 8.

44. Abt. Zahlabende der Bezirke 805, 806, 819 7 Uhr bei Kerfin, Pankstr. 60; der Bezirke 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 820 in der Schule Christiania- und Freienwalder Straßen-Ecke.

45. Abt. Zahlabend bei Pose, Koloniestraße 15, und Jeserich, Schwedenstraße 11 a.

Neukölln, 1. Abt. Funktionärsitzung 7½ Uhr bei Wanke, Ranzenstraße 1.

Pankow. Funktionärkonferenz 7 Uhr bei Engel, Mühlenstraße 45.

Rosenthal. 7½ Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Kreisvertreterversammlung; Bericht vom Bezirkstag.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 21. September:

Britz. Schule, Chausseestr. 132. Vortrag: Die Fremdenlegion. — **Moabit.** Schule, Waldenserstr. 21. Vortrag: Die Berufskrankheiten. — **Reinickendorf-Ost.** Ulrich, Hausotterstr. 43. Vortrag: Eisenindustrie im 19. Jahrhundert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zeichenkurse an der Humboldt-Hochschule. Dipl.-Ing. Architekt J. Grobler gibt eine Einführung in die Zeichenkunst, Perspektive, Architektur, Skizzierübungen. Rektor Oskar Seinig pflegt in einem Kursus das Abzeichnen und das bewußte Skizzieren und Entwerfen. Vorlesungsprogramme (unentgeltlich) und Hörerkarten in Buchhandlungen, Theaterkassen (Tietz, Kaufhaus des Westens), Vereinsstellen; Hauptbureau C 2, Neue Friedrichstr. 53/56.

Esperanto-Anfängerkurse beginnen: Dienstag, den 21. September, abends 7½ Uhr: Zentrum: Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16. Südwest 1: Schule Marheinekestraße (Zimmer 10). Wilmersdorf: Viktoria-Luise-Schule, Gasteiner Straße, Ecke Uhlandstraße. — Mittwoch, den 22. September, abends 7½ Uhr: Neukölln: Restaurant Idealpassage, Weichselstraße. — Donnerstag, den 23. September, abends 7½ Uhr: Osten: Gemeindeschule Fruchtstraße. Wedding: Restaurant Berg, Tegeler Str. 6. — Freitag, den 24. September, abends 7½ Uhr: Südwest 2: Schule Marheinekestraße (Zimmer 10). Kursusgeld: 8 M. (für Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsopfer 6 M.), Jugendliche 5 M. Anmeldungen am ersten Kursabend im Unterrichtslokal.

Aus aller Welt.

Eisenbahnertod. In Friedrichshafen, Württemberg, fuhr nachts ein Güterzug auf einen in der Station haltenden Güterzug. Drei Eisenbahnbedienstete wurden getötet, einer wurde schwer verletzt.

Zu dem Unglück zweier deutscher Wandervögel in Schweden. Von den kürzlich in Schweden verunglückten zwei deutschen Wandervögeln wurde Sonntag der eine, dessen Leiche bei Utö aufgefunden wurde, in Stockholm feierlich beerdigt. Die deutsche Gesandtschaft und zahlreiche Mitglieder der deutschen Kolonie nahmen an der Trauerfeierlichkeit teil.

Die Gefangenenfürsorge bestohlen! Ein Angestellter der deutschen Kriegsgefangenen-Kommission in Paris, Namens Fedor Lepper, geboren am 6. Juli 1893 in Berlin, hat 760 000 Franken aus der Unterstützungskasse der Kriegsgefangenen entwendet und ist damit geflüchtet. Er wurde jedoch in Potiers verhaftet.

Italienischer Vogelmord in Deutsch-Südtirol. Seit dem 1. September sind in dem durch den Frieden italienisch gewordenen Deutsch-Südtirol die Einschränkungen im Jagdgesetz aufgehoben worden. Die Vögel Deutsch-Südtirols sind damit, wie in Italien, „vogelfrei". Sie sind somit den Büchsen, Leimruten, Netzen und Fallen ausgeliefert. Es ist ein Jammer, daß die italienischen Behörden nun auch da dem Vogelmord offene Bahn schaffen, wo er durch die Sitten des Volkes bisher verpönt war.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

R. B. 2. Das werden Sie bei der Ablieferung erfahren.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Meist bewölkt, mäßig warm, im Westen Regenfälle, sonst vorwiegend trocken, bei schwachen, südöstlichen Winden.

Severing gegen Erpresser.

Im Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung war am Montag zunächst von Groß-Berliner Dingen die Rede. Wir berichten darüber im lokalen Teil. Ueber die weiteren Verhandlungen erhalten wir folgenden Bericht:

Der Zentrumsabgeordnete Reinicke sprach dem Minister Severing das Vertrauen seiner Partei in weitestem Umfang aus. Der Junker v. d. Osten beschwerte sich natürlich, daß man nur die Rechtsstehenden entwaffne, die Linksputschisten aber nicht entwaffnen könne. Originell war seine Klage, die nichtjunkerlichen Landräte seien nicht energisch genug und nicht in der Lage, die Ablieferung des Getreides zu erzwingen. Man berufe immer mehr ungeeignete Landräte. Der Landrat Fiehn habe zum Landarbeiterstreik getrieben und große Schiebungen gemacht.

Staatssekretär Freund erklärte, daß die Regierung in jedem einzelnen Fall, wo

Klagen über Landräte"

oder Regierungspräsidenten verlagen, schnellste und unparteiische Untersuchung eingeleitet habe. Er verteidigte insbesondere den Regierungspräsidenten Bartels-Frankfurt a. O. und eine Reihe angegriffener Landräte. Abg. **Heilmann** (Soz.) knüpfte an die Bemerkung v. d. Ostens über die Ernährungslage an und erklärte es für notwendig, möglichst rasch mit dem Staatsminister für Ernährung Dr. Hermes eine gründliche Aussprache zu haben. Die

drohende Katastrophe

sei durch den **plötzlichen Abbau der Zwangswirtschaft** herbeigeführt worden, nicht nur in der Getreide-, sondern auch in der Fettwirtschaft. Diesem Urteil schloß sich der Abg. Kloft (Z.) an und Minister Severing erklärte ausdrücklich, für die Aufrechterhaltung der Ruhe nur sorgen zu können, wenn die **Ernährungswirtschaft** für einigermaßen ausreichende Ernährung zu erträglichen Preisen sorge. Weiter warf Abg. **Heilmann** der Rechten vor, daß sie selbst durch ihr Festhalten der Waffen und durch die Schwindelnachrichten der Orgesch fortgesetzt provozierte. Der Zirkus-Busch-Sonntag sei die **notwendige Folge** der Sprengung des Vortrags von Dr. Löwenstein im Lehrervereinshaus. „Kreuzzeitung" und „Deutsche Zeitung" hätten

offen mit Gewalt gedroht,

wenn die Landesversammlung nicht sofort aufgelöst würde. Dieses Treiben mache die allgemeine Entwaffnung nahezu zur Unmöglichkeit. Bemakelte Landräte gebe es von der neuen und von der alten Richtung. So hat der Landrat v. Mach-Schlochau sich fast fünf Jahre lang grobe Verfehlungen zuschulden kommen lassen, ohne daß es trotz aller Beschwerden gelungen wäre, ihn zu beseitigen, bis er sich endlich durch den Kapp-Putsch selbst erledigte. Abg. Lüdicke (D. Vp.) richtete scharfe Angriffe besonders gegen den Regierungspräsidenten Haußmann-Greifswald. Auch hier erklärte der Minister, daß die Untersuchung dicht vor dem Abschluß stünde. Abg. **Paul Hoffmann** (U. Soz.) griff das Berliner Polizeipräsidium und den Staatskommissar Weißmann an, weil sie im Kampf gegen die Orgesch versagt hätten, eine Behauptung, die der Minister entschieden bestritt. Das Polizeipräsidium hätte infolge seiner starken Beanspruchung keine Kommissare nach Magdeburg abgeben können.

Severing teilte weiter mit, daß sich in letzter Zeit die Fälle gehäuft hätten, in denen versucht worden ist, ihn unter Androhung von Lieferstreiks oder von Verwaltungsstreiks zur Bestätigung oder Nichtbestätigung von Landräten zu zwingen. Der Minister ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Erpressertaktik, die selbstverständlich bisher völlig wirkungslos an ihm abgeprallt sei, ihn auch in Zukunft nicht veranlassen könne, seine Entscheidungen anders als nach seinen pflichtgemäßen Erwägungen zu treffen. Abgesehen davon aber werde er in Zukunft gegen derartige Drohungen mit der erforderlichen Schärfe vorgehen und die Angelegenheiten auf Grund des § 114 des St.G.B. der Staatsanwaltschaft übergeben. Möglicherweise wird dieses Verfahren auch schon auf eine der jetzt vorliegenden Drohungen — es handelt sich um das Landratsamt in Biedenkopf — angewandt werden müssen. Diejenigen Kreise, die glauben, mit erpresserischen Mitteln auf die Entschließungen des Innenministers einwirken zu können, sind also gewarnt.

Wirtschaft

Warum das teuere Schweineschmalz?

Unsere über das deutsch-holländische Kreditabkommen gebrachten Ausführungen veranlassen eine holländische Firma, uns die folgenden interessanten Mitteilungen zu machen:

„In Ihren Betrachtungen über das deutsch-holländische Kreditabkommen weisen Sie mit so überaus berechtigtem Nachdruck hin auf die für Deutschland zwingende Notwendigkeit billiger Einkäufe. Wir möchten auf diese Frage, soweit sie den Einkauf von Speisefetten, einem der Hauptartikel deutscher Einfuhr, betrifft, näher eingehen. Speisefette! Die Einkäufer deutscher Städte, Gesellschaften usw., kurzum das ganze, scheinbar noch stets anwachsende Heer der sich für Speisefette interessierenden deutschen Kaufleute scheint nur Schweineschmalz, das teuerste Speisefett, dieser Bezeichnung würdig zu erachten. Ob sie vielleicht von dem „löblichen", aber kostspieligen Grundsatze ausgehen, daß das teuerste Beste gerade gut genug ist? — Für Schweineschmalz in großen Posten zeigt sich täglich von neuem ein so reges, allseitiges, fast ausschließliches Interesse, daß es nicht verwunderlich ist, wenn die hiesigen Importeure sehr fest gestimmt, ja bei dem häufigen gegenseitigen Sichüberbieten der Herren Einkäufer mit ihren Preisforderungen schier wild werden. Dieses Einkaufssystem zeugt wenig von jener zwingenden Forderung billiger Einkäufe. Es bewirkt nur das eine, das nämlich das teure Schmalz sich noch mehr verteuert. Hunderte Millionen Mark werden für Schweineschmalz monatlich auf den hiesigen Markt geworfen, und diese Mark-Ueberschwemmung durch teure Schweineschmalzeinkäufe hilft tüchtig mit, um den Druck auf den holländischen Gulden und auf den Dollar zu verstärken. Der Dollar steigt, der Gulden sinkt im Werte, und Amerikas, des allgewaltigen Schmalzproduzenten, Preise werden dementsprechend noch höher sowohl für Holland als auch für Deutschland.

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für Oktober bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen. Bezugspreis 10 M. ausschl. Zustellungsgebühr.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Ob der deutschen Hausfrau mit dem billigsten Guten nicht vielleicht am besten gedient wäre? Ob gutes Rind- und Hammelfett (sogen. Premier Jus), guter Speisetalg und andere, unter anderem auch Kokosspeisefette zu weit billigeren Preisen nicht vielleicht weit dienlicher wären als gerade das teure Schmalz? — Schmalz hat hohen Nährwert! — Premier Jus, guter Speisetalg und Kokosfett aber auch; sie haben selbst einen so hohen Nährwert, daß sie als tatsächlich hochwertige Speisefette gleichwertige Beachtung verdienen und in anderen Ländern auch vollauf finden.

Zu ihrem hohen Nährwert kommt aber noch ein dem Schmalz gegenüber um ein Drittel: d. h. 50 bis 70 Gulden per 100 Kilogramm niedrigerer Preis (10—15 M. das Kilo). Es bedarf wohl keiner Erläuterung, wieviel sich da sparen ließe — und wie sich vielleicht auch hierin ein Weg zeigt, um die Mark-Ueberschwemmung ein wenig einzudämmen. Bei dem Bedarf eines ganzen Volkes macht das nicht wenig aus. — Wir beabsichtigen mit dieser kurzen Auseinandersetzung keinen öffentlichen Gedankenaustausch in ihrem Blatte anzubahnen, sondern würden uns freuen, wenn wir mit unserer Anregung nur das eine erreichten, daß sie Sie veranlassen würde, uns den besten kürzesten Weg zu weisen zu den wirklich in Frage kommenden Stellen, wo wir schriftlich oder mündlich unsere Ansichten eingehender besprechen und klarlegen können. Wir möchten Um- und Irrwege, einen umständlichen und von seiten der mehr oder weniger zuständigen, sogenannten amtlichen Stellen oft bureaukratisch ausartenden Briefwechsel vermeiden, der, wie die Erfahrung lehrt, doch zu nichts führt."

Zu diesen Ausführungen bemerken wir dem Einsender, daß wir in Deutschland bei den gewaltig hohen Butterpreisen uns leider in großem Umfang mit umgebratenem amerikanischen Schmalz begnügen müssen. Rinder- und Hammeltalg, auch Kokosfett gibt keinen Brotaufstrich. Hätten wir nicht den wilden freien Handel, der durch Ueberbietungen die Preise in die Höhe treibt, sondern einen konzessionierten, organisierten Handel, der unbureaukratisch und elastisch, aber unter Kontrolle einer gemeinwirtschaftlichen Aufsicht ist, dann bekämen wir das amerikanische Schmalz wenigstens nicht unnötig verteuert.

Der Nutzen des Kleinhandels.

Ein an die Mitglieder des Verbandes der Fabrikanten von Markenartikeln (Markenschutzverband) gerichtetes Schreiben, die Nutzensätze für den Handel heraufzusetzen, ist uns übersandt worden. Es lautet:

„Die zurzeit von den Fabrikanten von Markenartikeln gewährten Rabattsätze sind hinter den anhaltend steigenden Unkosten der Einzelhändler so sehr zurückgeblieben, daß ihre Erhöhung unumgängliche Forderung geworden ist. Die unterzeichneten Verbände haben sich über die Grenzen der zu fordernden Erhöhung geeinigt und zunächst versucht, unmittelbar mit dem Markenschutzverband zu verhandeln. Unserer Einladung zu gemeinsamer Besprechung hat der Verband leider nicht Folge gegeben; wie er uns mitteilt, sei er satzungsgemäß nicht in der Lage, seinen Mitgliedern Vorschriften über die Höhe der Nutzensätze zu machen, wohl aber sei er bereit, der nächsten Generalversammlung unsere Vorschläge vorzulegen. Um die äußerst dringende Angelegenheit nicht auf die lange Bank zu schieben, sehen wir uns veranlaßt, uns mit unserer Forderung an den einzelnen Fabrikanten zu wenden. Wir halten folgende Rabattsätze (Abschläge vom Kleinhandelspreis) für unbedingt erforderlich:

1. bei diätetischen Präparaten . . . . 35 Proz.
2. bei kosmetischen und medizinischen Fabrikaten, die mehr als 8 M. im Verkauf kosten . . . . . . 40 „
3. bei kosmetischen und medizinischen Fabrikaten, die nicht mehr als 8 M. im Verkauf kosten . . . . 50 „
4. bei Parfümerien . . . . 50 „
5. bei Parfümerien in Luxusausstattung . . . . 60 „
6. bei Seifen . . . . 40 „
7. bei Seifen in Luxusausstattung . . . . 50 „

Wir bitten Sie, binnen 3 Wochen dem mitunterzeichneten Deutschen Drogisten-Verband (Geschäftsstelle: Hafenplatz 1) mitzuteilen, ob Sie bereit sind, die vorstehenden Sätze als Mindestsätze zu bewilligen. Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser, E. V. Deutscher Apotheker-Verein. Deutscher Drogisten-Verband, E. V. Der Arbeitsausschuß."

Sehen wir von Parfümerien ab, die sind entbehrliche Luxusartikel, für die wir zu arm geworden sind, so muß man über dieses Dokument doch staunen. Statt durch Massenproduktion und Organisation eines großen Umsatzes bei kleinem Nutzen zu einer Herabsetzung der Preise beizutragen, die der geschwächten Kaufkraft der Massen Rechnung tragen, werden von den organisierten Händlerverbänden weitere Verteuerungen erzwungen. Man kann zu diesem Schritt nur sagen: Macht nur so weiter und zwar in möglichst schnellem Tempo, damit wir möglichst bald an dem Abgrund stehen, vor dem es kein Entrinnen mehr gibt, denn auf den Wegen, die unser Handel wandelt, muß die Wirtschaft zerstört werden.

Soziales.

Tagung der Berufsgenossenschaften.

Der Verband der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften hielt am 17. und 18. September 1920 zu Würzburg den 31. ordentlichen Berufsgenossenschaftstag ab. An den Verhandlungen nahmen als Gäste Vertreter der Ministerien sowie Vertreter der größeren wirtschaftlichen Verbände und Mitglieder aller Parteien des Reichstages teil. Der vom Verbandsvorsitzenden Dr. Spiecker-Berlin erstattete umfangreiche Geschäftsbericht bot ein umfassendes Material und gab ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit, die der Verband im letzten Jahre entfaltet hat.

Das die Verhandlungen des ersten Tages ausschließlich beherrschende Thema war: „Die Bedeutung der Berufsgenossenschaften für die Volkswirtschaft und ihre Stellung in der künftigen Sozialversicherung." Das Referat hierüber erstattete Dr. Moldenhauer, Professor an der Universität Köln. Das Korreferat hatte der Geh. Kommerzienrat Konrad von Borsig übernommen.

Am zweiten Tage sprach Justizrat Wandel, Essen, Vorsitzender der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft, über das Zusammenwirken der Versicherungsträger in provinziellen Arbeitsgemeinschaften, wie sie in der Rheinprovinz und in Groß-Berlin bereits bestehen. Eine Entschließung, die die Bildung solcher freien Arbeitsgemeinschaften als ein geeignetes Mittel bezeichnet, um unter Wahrung der bewährten Selbstverwaltung eine engere Fühlung unter den verschiedenen Trägern der Reichsversicherung herbeizuführen und die gemeinsamen Ziele in möglichst vollkommener Weise zu verwirklichen, gelangte einmütig zur Annahme. — Weiter wurde über neuzeitliche Fragen des Heilverfahrens und der Heilfürsorge, über die Mitwirkung der Versicherten bei der Rentenfestsetzung und über Fragen der Unfallverhütung beraten. Von besonderer Bedeutung war der Beschluß, den Arbeitern künftig bei der Rentenfestsetzung eine Mitwirkung einzuräumen.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 1000000fach bewährt
Preis M. 3,- In Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. **Kukirol** steht einzig da.

Die große billige Schuhwoche
hat begonnen.
Es sind folgende Schuhe neu eingetroffen:

Sehr starke Kalbleder-Kinderstiefel . . .	25/30 zu 55.—	u. 49.85
	31/35 zu 65.—	
Roßleder- und Rindleder-Kinderstiefel	27/30 „ 65.—	
	31/35 „ 75.—	
Sportrindleder-Knabenstiefel	36/39 „ 93.50	
Schwarze sehr elegante Damen-Halbschuhe Lack	95.—	
„ „ „ Damenstiefel „	145.—	
„ „ „ Herrenstiefel „	150.—	
Die so belieb. braunen Naturrindl. in all. Größ. wied. vorrätig	175.—	
Lila Ia Chevraux-Damen-Halbschuhe	zu 85.—	

Filz-Schnallenstiefel, m. Lederkappen, Ledersohlen

23/26	27/30	31/35	36/42
18.85	20.85	22.85	25.65

Filz-Damen-Hausschuhe, Ledersohlen . . 13.50
Ia Segeltuch-Turnschuhe, Ia Ledersohlen

27/30	31/35	36/42
20.75	25.75	31.75

Der rote Schuhkeller
Berlin SO., Naunynstraße 62, Nähe Kottbuser Tor.
Straßenbahnlinien: 1, 2, 3, 5, 11, 18, 28, 45, 48, 49, 65, 93, 93, 94, R.

Spulendrähte 2 × Seide, Emailledrähte 9, 10 u. 12,
jedes Quantum zu kaufen gesucht
Elektro-Büro, Grüner Weg 100

Bialosche Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Metalle, Quecksilber, Zinn, Weißlager
kaufen laufend
Schulzendorfer Str. 2, Bernburger Str. 17, Ksliner Str. 6, Kurfürstenstr. 9,
Tel. Lützow 8121.
Schillerpromenade 23,
Tel. Neukölln 2256.

Schlafzimmer
eichenes, mit 1,50 m breitem Schrank mit Spiegel kompl. 4500,—, eichenes Speisezimmer mit 6 Polsterstühlen 4250,—, eichenes Herrenzimmer mit großer dreiteiliger Bibliothek 4650,—, Gobelingarnitur 4000,—, Küchen 690. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen und Einzelmöbeln zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert, Lothringer Str. 58, am Rosenthaler Platz.

Alte, auch zerbrochene
Gebisse,
Zahn 12,50—200 M., Platin, Gramm bis 165 M., Gold- u. Silberbruch höchste Preise.
C. Willig, Kommandantenstraße 33. Täglich von 9—1 u. 3—6 Uhr.

Leser des „Vorwärts"
nehmt bei allen Einkäufen, Bestellungen usw. Bezug auf die betreffende Anzeige im „Vorwärts"!

Zinn! bis 50,—! Lötzinn! Weißmetall bis 30,—! Blei 4,30! Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 150,—, salpeters. Silber! Zahngebisse! Zahn bis 100,—! Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle! höchste Tagespreise.
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Zinn 45.—, Blei 4.50
Bleischlangen bis 35.—, sämtl. Altmetalle höchstzahl.
Händler Extra-Preise!
Zinnschmelze Prinzessinnenstraße 17 (Moritzplatz u. Werth.).

Homöopath
Inst. (1905). Sichere Erfolge ohne Einspritz., ohne Berufsst. Sprechst. 10-1 u. 4-7. Sonnt. 10-1.
Kries Hohenschönh. 40 Berlin Oberseestr. 41. T. Lichtb.
Auskunft u. Broschüre gratis.

Achtung, Brautleute!
1 Dukaten-Trauring
900 gestempelt 150 Mk. an
585 „ 105 „ „
333 „ 65 „ „
inkl. Luxussteuer.
Jeder Ring ist fugenlos aus massivem Golde hergestellt bei voller Garantie für Feingehalt! Jede Größe am Lager.
G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezialgeschäft für Trauringe.
C. 19, Seydelstr. 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Platin, Gold- u. Silberbruch kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale,
Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 13580

Goldbruch
333 per Gramm 16,—,
585 „ „ 19,—,
750 „ „ 23,—,
900 „ „ 31,—.
Silberbruch
800 gest. per Gramm 1,00 aufwärts.
Platin
Tageskurs sowie sämtl.
Altmetalle
kauft Silberzentrale
Gotzkowskystr. 13.
Händler Extrapreise.
Fernspr. Amt Moabit 9384.

Möbel-Kredit
erhält jeder bei
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141, Invalidenstraße 5.

Metallankaufsstelle Osten,
Grüner Weg 80
zahlt höchste Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Altmetalle,
Zinn
Quecksilber, Zahngebisse, Platin-, Gold-, Silberbruch, weit über Tagespreis
nur 3 Einkaufsstellen
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48

An- und Verkauf von Waffen aller Art!
Pistolen gesucht.
Julius Heßmer, W. 8, Markgrafenstr. 31.

Die höchsten Preise
für Kupfer, Messing, Rotguß usw. sper. Zinn und Weißmetall erzielen Sie
Adalbertstraße 4 u. Prinzenstraße 101.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9053

Haemorrhoiden
schwinden schnell und schmerzlos durch Myrobalanum, sich. bewährt, äußerliche Anwendung. M. 8,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Tiefland.
7 Uhr.

Schauspielhaus.
Die Journalisten.
7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der lebende Leichnam
Mittwoch zum 1. Male:
Einsame Menschen.

Kammerspiele.
8 Uhr: Die Brandstätte.
Mtw. 7½: Frühlings Erwachen

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Danton. 8. Abt. 1. Abd.
Mtw. 7: Danton 9. Abt., 1. Abd.

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
½8 U.: Baumeister Solness.
Mittwoch: Erdgeist.
Donnerstag, zum 1. Male:
Mirandolina.
Lustspiel von Carlo Goldoni.
(Else Heims, Heinz Salfner, Joh. Riemann, Julius Brandt, Ernst Pröckl, Dora Schlüter, Eva Brock, Ernst Behmer.)

Komödienhaus
½8: Eine Nacht im Paradies.

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritzi Massary.

Central-Theater
7½ U.: **Frau Bärbel.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Alexandro Stradella**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: **Hoheit die Tänzerin.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Die Pfarrhauskomödie**

Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: **Der Floh im Panzerhaus**

Komische Oper
7½ Uhr: **Liebe im Schnee.**

Lustspielhaus
7¾ Uhr: Arnold Rieck in
Zwangseinquartierung.

Metropol-Theater.
7 U.: **Hollandweibchen**

Neues Central-Theater
7½ U.: **Die Dame im Frack.**

Neues Operettenhaus
7½ U.: **Die Csikósbaroness.**

Neues Volkstheater
7½ Uhr: **Der Biberpelz**

Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **Nathan der Weise**

Thalia-Theater
7½ U.: **Der dumme Franzl.**

Th. am Nollendorfplatz
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**

Theater des Westens
7½ U.: **Der ersten Liebe gold. Zeit**

Wallner-Theater
7½ Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Gastsp. Hartstein**

Residenz-Theater.
Untergrundbahn Klosterstr.
Heute 4 Uhr, kleine Preise:
Schneewittchen.
Täglich ½8 U.: **Die Freundin.**
Von Hermann Sudermann. Durieux, Toelle, Albers, Bildt, Biensfeldt, Vallentin.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Mittwoch 4 U.: Rotkäppchen.
Abendlich 8 Uhr:
Hansi Arnstädt u. P. Otto:
UNTREU.
Donnerstag, 23., zum 1. Male:
Der Roman einer Frau.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die Ratten.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8:
Knorps sel. Witwe
und „Anschluß verpaßt".
Singspiel mit Viktor Litzek.
Sonntg. 3½: Gebrüder Zorn.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 U. **Das Käthchen v. Heilbronn**

Lessing-Theater.
Heute bis Freitag:
7½ U.: **Die Tänzerin**
(Leopoldine Konstantin.)

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich ½8 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.

Apollo-
7½ Theater 7½
Dir. James Klein.
Herbst-Sensations-
Eröffnungsprogramm
Gastspiel
d. internat. preisgekr.
Meister-Detektivs
Hannussen
m. sein. einz. dasteh. Experim. u. Vorführ.
5 Carras
d. best. Akrob. d. Welt
Tegethoff
Schwed. Illusionist
m. nie gez. Darbietung
Madame Lauré
d. tollkühne Schönh.
u. weit. Sensationen.
Sonntag 3½ U. jeder Erwachs. 1 Kind frei

Schall und Rauch
Im großen Schauspielhaus
Bh. Friedrichstr. Tel. Nord. 8643
Dir. Hans v. Wolzogen.
Das gr. September-Progr.
mit **Kulissen d. Seele**
v. Nik. Nikolajew. Evreinoff.
Hauptroll.: Hermann Thimig, Rob. Forster-Larrinaga.
A. Flügel: Kpmstr. Spollanski.
Balalaika-Orchester.
Konzert 7¼ Beginn 8¼

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Heute und folg. Tage: 7½
Wilhelm Hartstein
in
Er oder Er
u. d. gr. Programm
Ende: Vor 10 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr und
Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger
Blüthgen-Konzert
Begion 7 Uhr.
Vorv. 11-1½, 4-6 Uhr

Eintritt frei.
Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Käthi Blank
Hans Brückner
Elen Scholz
Walter Pinkus
Antje van Laer
Gerda Latta
Hans Mathes
Hella Bella
Adolf Liebau
Heddy u. Heinz Geroled
Adi Liebaus Meisterquart.
Erstkl. Küche, ff. Weine
Mocca, Tee, Schokolade
Beginn 7 Uhr.
Eintritt frei.

½8 Folies Caprice
Abends 7½ Uhr:
Villa Venus.
Freitag, 24. Septbr., ½8 Uhr:
Erstaufführung!
Versicherung gegen Ehebruch.

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Behrenstr. 54.

Admirals-Palast
7½ U.: Flirt in St. Moritz.

Reichshall.-Theater
Abends 7½ und Sonntag Nm. 3
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise.

BTL
Potsdamer Str. 38
Carola Toelle
in: Töteades Schweigen.
Außerdem:
Die Wölfin
mit **Ressel Orla.**
Turmstr. 12
Der größte Sensationsfilm
Zirkus Wolfsohn

Tourniere,
Eich. 6 M., Nußb. bill. Verkauf
Prenzlauer Str. 46, 2. Hof.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche, Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7) Glänz. Erfolge! Beobachtg. Tel.: Königst. 3595.

Stimmung, Denken, Tätigkeit, sowie jede Bewegung des Körpers sind abhängig vom Gehirn. Mattigkeit, Niedergeschlagenheit, Erschöpfung, Nervenschwäche und allgemeine Körperschwäche sind Zeichen mangelnder Lebenskraft. Wollen Sie sich munter fühlen, mit klarem Kopfe und kräftigem Gedächtnis, wollen Sie Arbeit und Strapazen als Vergnügen empfinden, so nehmen Sie

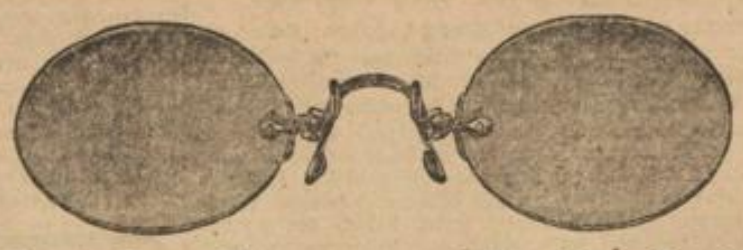
Kola-Dultz,
es
bringt Lebenslust und Tatkraft,
die Erfolg und Glück verbürgen.

Nehmen Sie Kola-Dultz eine Zeitlang täglich, es wird Ihre Nerven erfrischen, Unlust wird verschwinden und unter seinem Einfluß werden Sie von Unternehmungslust erfüllt sein.

Verlangen Sie Kola-Dultz umsonst!

Jetzt biete ich Ihnen eine Gelegenheit, Ihre Nervenkraft zu beleben. Schreiben Sie mir eine Postkarte mit Ihrer genauen Adresse, und ich sende Ihnen sofort umsonst und portofrei eine Probe Kola-Dultz, groß genug, um Ihnen gut zu tun und um Sie in die Lage zu versetzen, seine wundervolle Kraft zu würdigen.

Wenn es Ihnen gefällt, können Sie durch jede Apotheke mehr beziehen. Schreiben Sie aber wegen der Gratisprobe sofort, ehe Sie es vergessen, direkt an E. Schwarz, priv. Apotheke, Berlin A. 321, Friedrichstr. 19. Kola-Dultz ist in allen Apotheken zu haben.



Dieser Kneifer aus Gold-Dublee

Jetzt nur M. 10.50 Mit Gläsern M. 18.50

dazu ein Jahr Garantie für die Fassung.

Optiker Ruhnke sagt: „Lieber mehr umsetzen und weniger verdienen, als den Betrieb einschränken und Leute entlassen."

Wir waren die letzten, welche die Preise für Augengläser erhöhten, aber die ersten, welche heruntergingen.

Mit der Valuta ist der Goldpreis gefallen; wir haben uns dem genau angepaßt. Beachten Sie die unten genannten, weit herabgesetzten Preise für echte 14 karätige Gold-Brillen und -Kneifer! — Aber ohne Einfluß ist die Valuta auf die meisten anderen Artikel der Optik, weil diese aus Inlandsmaterial erzeugt werden. Dafür sind nur Löhne und Unkosten maßgebend. Diese sind nicht vermindert, aber wir haben doch die Preise herabgesetzt. Wir lassen uns keine Preisvorschriften von Markenartikel-Fabrikanten machen, denn wir fabrizieren Augengläser und Fassungen selbst. Sie kaufen bei uns also direkt vom Fabrikanten ohne Zwischenhandel.

Ausführung	Garantie	Kneifer ohne Einfassung			Kneifer mit Einfassung			Brillen		
Nickel und Hartnickel ...		6.—	8.50	12.—	8.50	12.—	15.—	6.—	10.—	15.—
Gold-Dublee	1 Jahr	10.50	14.—	18.—		16.—	20.—		27.—	31.—
„ „	2 Jahre	22.—	24.—	28.—		24.—	28.—		33.—	45.—
„ „	3 Jahre	33.—	38.—	42.—	32.—	36.—	48.—		56.—	84.—
Echt Gold, 14 karätig ...	4 Jahre	115.—	130.—	147.—	198.—	208.—	294.—		221.—	324.—

Hornbrillen von M. 36.— an. Moderne Lorgnetten, Silber von M. 95.— an, Gold-Dublee von M. 82.— an.

Gläser werden extra berechnet, und zwar pro Paar: Rathenower Schleifart M. 8.—, Punktorit-Menisken M. 19.—, dieselben aus gutem Sanoslop-Glas M. 27.—. Alle Preise sind netto, nach Abzug der jetzt gewährten 20 und 10 Proz. Rabatt.

Reparaturen werden schnell, gut und preiswert ausgeführt. Kostenlos prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt. Wir garantieren für passende Gläser und die Haltbarkeit aller Metallfassungen, wodurch Sie keine Kosten für die Reparaturen mehr haben, außer durch Gläserbruch!

Optiker Ruhnke

W Friedrichst. 193a Ecke Leipziger Str.
Leipziger Str. 113 Ecke Mauerstraße
Linkstr. 1 Ecke Potsdamer Str.
SO Oranienstr. 44 zwischen Moritz- u. Oranienplatz
N Friedrichstr. 106 Ecke Ziegelstr.
Invalidenst. 164 Ecke Brunnenstr.
Invalidenst. 117 am Stettiner Bhf.
Chausseestr. 72 nahe Müllerstr.
Schönh. Allee 81 am Bhf. Nordring
S Kottbus. Damm 10 n. Warenh. Jandorf
NW Friedrichst. 150 Ecke Dorothenstr.
SW Belle-Alliance-Str. 4 n. Jandorf
C Spittelmarkt Ecke Wallstraße
Alexanderplatz nahe Aschinger
O Frankf. Allee 14 nahe Tietz
Charlottenburg: Tauentzienstr. 15, Ecke Marburger Str.
Joachimsthaler Str. 2 nahe Bhf. Zoo
Friedenau: Rheinstraße 18, Ecke Kirchstraße
Wilmersdorf: Berliner Str. 132-33, nahe Uhlandstr.
Schöneberg: Hauptstraße 21, Ecke Akazienstr.
Neukölln: Bergstr. 4, C. Ziethenst.
Spandau: Breitestr. 18, n. Markt.

TRAURINGE Dukatengold 900 14 kar. Gold 585 gest.
8 kar. Gold von 39,75 an
Alexanderstraße 14a, Kottbuser Damm 24
Charlottenburg, Stuttgarter Pl. 5
Schöneberg, Grunewaldstraße 15
Kein Laden — Großlin. 9—6 U.
Zentrale u. Fabrik **Mohrenstr. 16** (am U.-Bhnh. Friedrichstr.)
J. Weinstock G. m. b. H., Goldwarenfabrik

Kaufe mehrere
Kurbel-Stickmaschinen
gebrauchte.
Eiloff. an **S. Zoller, Berlin S,**
Stallschreiberstr. 56. 20/4*

Spezial-Arzt
für Haut- u. alle Harnleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen.
Dr. med. Karl Reinhardt,
Potsdamer Straße 117, an der Lützowstraße.
Sprechstunden: ½12—2, ½6—½10 abds., Sonnt. ½11—1 Uhr
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in verschl. Kuvert geg. Einsend. v. 2.— M. portofrei

Haut-, Harn-, Frauenleiden usw.
werden schmerzlos und ohne Berufsstörung behandelt im Natura Institut (spezialärztliche Leitung) Berlin SW, Blücherplatz 3 (direkt am Haßeschen Tor). Sprechstunden 10—1, 4—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Erfolge selbst nach da
wo alles andere versagte.
Dr. med. Ludwigs Broschüre für 2,60 M. in verschlossenem Umschlage gibt Aufschluß.

Spezial-Behandlung
a. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt werden sind. Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg.
Dir. Hermanns, Elsasserstr. 42 l. Ecke Friedrichstr. Spr.: 10—12, 4—7, Stg. 12—1

Zähne v. 3 M. an Teilzahlung. 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb. 1,50. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtsitz. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Wolff, Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Altmetalle
kaufen zu höchsten Preisen von Fabrikanten u. Händlern
Bader & Bauer, Berlin, Neanderstraße 15. Mpl. 607
Größere Posten frei Abholung.

1 Waggon
Maurion-Schokolade
und große Posten **Kakao**
eingetroffen.
F. P. A. Kauffmann,
Berlin S 14, Waisstr. 55/56.

Jedermann kann
sich überzeugen, daß er für
Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zink und Zinn,
sowie alle übrigen Metalle
die allerhöchst. Tagespreise
erhält
Fritz Behrens
Blumenstraße 71
Ecke Markusstraße.

Armeepistolen
und **Jagdwaffen** kaufen
F. W. Vaudrey & Co., Gewehrfbr.
Berlin SW 68, Lindenstr. 90.*

Kupfer per kg . 17,—
Rotguß . . . 14,—
Messing . . . 7,50
Blei . . . 4,50
zahlt **Wiemer,** Putbuser Str. 30, 1 am Blit. Gesundbrunnen, und 20/6
Tütel, Schivelbeiner Straße 5, am Ringbahnhof Schönhauser Allee.

Torf
sowie ofenfertig. Brennholz, Kiefern und Buchen
liefert billigst
Kohlenkontor Wedding
G. m. b. H.
W. 50, Geisberger Str. 41.
Tel.: Nollendorf 232 u. 233.

Stellengesuche

Redakteurin,
bisher an größ. Parteizeitung in allen Zweigen d. Journ. tätig, bef. Eignung f. Frauen-, Jugend- u. Bildungsfragen, beste Ref., sucht Stellung. Off. unter T. 5 a. d. Hauptexp. d. „Vorwärts".

Stellenangebote

A.E.G.
sucht zum sofortigen Eintritt tüchtige, ältere, perfekte
Hand- u. Preßluftnieter
für Tender- u. Rahmenbau, die schon in Lokomotivfabriken beschäftigt waren. Persönliche Vorstellungen bei der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft-Lokomotivfabrik, Hennigsdorf bei Berlin. Arbeiterannahme Tor I in der Zeit von 7—9 Uhr vorm.

Tüchtiger Dirigent
gesucht.
Gesangverein „Sangesecho", Mitgl. d. A.-G.-B. Näheres bei O. Schulze, Rudow, Köpenicker Straße 88. [59 11

Reisende,
welche bei Hotels, Gastw., Cafés, Kinos u. Kant. eingeführt sind, finden hohen Nebenverdienst. Mannheimer, Bergmannstr. 1

Gummimäntel-
Klebereinen, gelernte, finden dauernde, gut bezahlte Beschäftigung bei **S. Silberstein & Co.,**
/207 Rüdersdorfer Str. 118.

Größere Gummifabrik
sucht zum baldigen Antritt einen
Stoffstreich-Meister
mit größerer Erfahrung. Gefl. Angebote unter W. B. 290 an ALA-Haasenstein & Vogler, Hannover 85/3

Luna-Park
Heute 1,50 M. Dienstag
Kinder die Hälfte.
Jeder Erwachsene hat das Recht, bis 5 Uhr nachm. ein Kind unter 12 Jahren frei einzuführen.
Elite-Programm
Nachmittag:
Gr. Japan. Tagfeuerwerk
Abends:
Japanische Illumination des ganzen Parkes.
Die der Niagaras auf d. 100 Fuß hohen Turmseil i. ihr. tollkühnen Künst.
Groß-Feuerwerk
Leitung: Pyrotechniker FELIX DEICHMANN.
Groß-Konzert
Luna-Palais
Das elegante Ballhaus! Beste Ballmusik Berlins
Tgl. Große Tanzsehau.
In d. Wintersais. direkt.
Eing. v. Kurfürstendamm

Ich kaufe und zahle für
alte Gebisse
Gewöhnlicher Platinzahn Mk. 14.-
Besser verarbeitete Zähne nach Gewicht.
Platinbruch Mk. 176.- p. Gramm,
Nicht „freibleibend", nicht „bis" u. dergl.
Ankauf Berlin W., Krausenstr. 56-58, Zimmer 1
Täglich 10 bis 6 Uhr. — VOGLER, Berlin.

Straßenhändler
werden sofort eingestellt gegen Lohn und Provision
„Vorwärts", Hauptexpedition, Lindenstr. 3 (Laden).

Die Erwerbslosenfürsorge.

In knapper gemeinverständlicher Form gibt der Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, v. Geldern, in einer der vom Wohlfahrtsministerium soeben herausgegebenen zur Aufklärung über die öffentliche Wohlfahrtsarbeit bestimmten Schriften einen Ueberblick über Voraussetzung, Grundlage und Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Wir entnehmen dem bei der Vereinigung wissenschaftlicher Verleger in Berlin W. 10 im Erscheinen begriffenen Heft den nachstehenden Abschnitt über die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge in Preußen.

In

Preußen

wurde an Erwerbslosenunterstützung von Reich und Staat gezahlt täglich:

am 1. Januar 1919 . . .	1 628 477 M.,
„ 1. April 1919 . . .	1 319 386 „
„ 1. Juli 1919	748 702 „
„ 1. Oktober 1919 . . .	625 787 „
„ 1. Januar 1920 . . .	519 256 „
„ 1. März 1920	602 627 „

Die Gesamtausgaben stellen sich um den Gemeindeanteil, also noch um ein Sechstel, höher.

Im Rechnungsjahr 1919 (1. April 1919/1920 ist in Preußen verausgabt worden

vom Reich die Summe von . . .	137 064 230 M.
„ Staat „ „	87 043 132 „

Die Gesamtausgaben (einschließlich des Gemeindeanteils) stellen sich also in dieser Zeit, wenn man den Anteil des Reiches zugrunde legt, auf rund 2 × 137 = 274 Millionen Mark, wenn den Anteil des Staates, auf rund 3 × 87 = 261 Millionen Mark. Die letztgenannte Zahl ist die zutreffendere; in dem Anteil des Reiches sind nämlich die Zuschüsse an leistungsschwache Gemeinden mit enthalten.

In

Berlin und Vororten

betrugen nach einer Zusammenstellung in den „Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin", Sonderheft vom 31. Januar 1920 (Seite 39) die Unterstützungsbeträge bis Ende Oktober 1919, also ebenfalls im Zeitraum eines Jahres,

	231 750 948 M.
die Verwaltungskunkosten	14 508 567 „
mithin die Gesamtausgaben	246 259 515 M.

Diese im Vergleich mit obigen Ziffern verhältnismäßig hohe Summe erklärt sich daraus, daß zu Anfang des Jahres 1919 die Zahl der Erwerbslosen ihre größte Höhe mit rund 1 100 000 erreichte.

Im übrigen betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in Berlin und Vororten ungefähr die Hälfte derjenigen in Preußen, und die Zahl der Unterstützungsempfänger in Preußen ungefähr die Hälfte derjenigen im Reiche, wie nachstehende Uebersicht erkennen läßt:

Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger):

	im Reich	in Preußen	in Berlin u. Vororten
am 1. Januar 1920	871 675	171 724	89 468
am 1. Februar 1920	426 340	195 415	97 897
am 1. März 1920 .	868 011	173 355	86 340
am 1. April 1920 .	329 958	158 306	77 500
		Ende März 1919	257 500
		Ende Oktober 1919	111 765

Die Zahl der Zuschlagsempfänger bleibt hinter diesen Zahlen nur um ein Weniges, oft kaum um 5 Proz. zurück.

Seit dem Bestehen der Erwerbslosenfürsorge (Dezember 1918) bis Ende März 1920 sind

vom Reich und von den Ländern

verausgabt worden:

für die allgemeine Erwerbslosenfürsorge an gesetzmäßigen Beihilfen (30/19) und an Sonderbeihilfen für leistungsschwache Gemeinden sowie nach den Vorschriften über die Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft	734 791 057 M.
für die Erwerbslosenfürsorge der Textilarbeiter . .	305 532 090 „
für die Beschäftigten in der Schuhwarenfabrikation	3 231 156 „
zusammen also	1 043 544 311 M.

In derselben Zeit ist zur Unterstützung von Notstandsarbeiten eine Summe von 935 169 400 M. bewilligt worden.

Arbeiter und Kartoffelwucher.

Die plötzliche Aufgabe der öffentlichen Bewirtschaftung der Nahrungsmittel, die als „Zwangswirtschaft" bekannter geworden ist, bringt die größte Unruhe in die Bevölkerung. Davon werden auch jene Kreise betroffen, die von der Wiedereinführung des freien Handels eine Verbilligung der außerdem reichlicher fließenden Nahrungsmittel erhofften. Das Emporschnellen des Kartoffelpreises in den verschiedensten Gegenden Deutschlands droht zu einer Katastrophe zu führen.

In manchen Bezirken haben die Gewerkschaften und vor allem die Eisenbahner bereits zu dem drastischen Mittel der Bahnsperre gegriffen, um die Versorgung ihres Gebietes mit Kartoffeln sicher zu stellen. So tagten, wie uns ein eigener Bericht aus Frankfurt (Main) meldet, dort vor einigen Tagen die freien Gewerkschaften, die Eisenbahnerverbände, die christlichen Gewerkschaften, überhaupt alle Arbeitnehmerverbände, um gegen die drohende Kartoffelnot Maßnahmen zu ergreifen. Vertreten waren die Organisationen aus Frankfurt, Offenbach, Mainz, Kassel, Friedberg, Weilburg, Höchst a. M. usw. Auch die Regierung von Hessen-Nassau, ebenso die Eisenbahndirektion hatten ihre Vertreter entsandt. Es handelt sich darum, **eine Sperre über die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Wirtschaftsbezirk herbeizuführen**, solange nicht das Wirtschaftsgebiet selbst mit Kartoffeln versorgt ist. Es wurde namentlich gefordert, daß die Regierung den

Vertragspreis von 31,75 Mk. aufhebt und Höchstpreise festsetzt.

Man regle von verschiedener Seite einen Lieferpreis von 20 Mk. ab Bahnstation an. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Präsidenten Neumann vom Ernährungsministerium in Darmstadt, der dringend riet, ohne Nervosität an die Beratungen heranzutreten. Hessen sei der schärfste Gegner der Lieferungsverträge; allein die ungeheure Preissteigerung der letzten Tage müsse man auf das gegenseitige Ueberbieten der Verbraucher zurückführen. Man müsse sich genau überlegen, ob man mit den Sperrabsichten nicht einen Schlag ins Wasser tue. Eher sei zu erwägen, die Eisenbahndirektion zu veranlassen, **keine Wagen für Kartoffellieferungen über den Direktionsbezirk hinaus zur Verfügung zu stellen.** Damit gelange man auf legalem Wege genau so weit, wie man es mit der ungesetzlichen Sperre erreichen wolle. Auch der Regierungsrat Coßmann von der Regierung in Kassel warnte vor den Folgen, die aus einer Sperre entstehen können. Jedoch müsse das Interesse der Verbraucher **unbedingt in den Vordergrund gestellt werden.** Ein Preis von 20 Mk. sei als angemessen zu betrachten. Erst wenn alles getan sei, was auf gesetzlichem Wege möglich ist, soll man zur Selbsthilfe schreiten. Im Verlaufe der stundenlangen Debatte kam besonders zum Ausdruck, daß die Bauern die Kartoffeln an das Vieh verfüttern werden, wenn die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben wird, so daß man

wohl teures Fleisch, aber keine Kartoffeln

haben würde. Die Vertreter der Eisenbahner versicherten, daß für die Sperre die Organisation bis ins kleinste vorbereitet sei. Es handele sich darum, das Wirtschaftsgebiet zu versorgen, nicht aber die Ueberschüsse den anderen Gebieten vorzuenthalten. Namentlich soll auch während der Sperre das Industriegebiet versehen werden, sofern für die Lieferungen die Gewähr gegeben wird, daß sie in die richtigen Hände und nicht zu hinaufgetriebenen Preisen gelangen. Der Vertreter der Eisenbahndirektion warnte vor der Heraufbeschwörung des Konflikts zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihrer Arbeiterschaft. Es gelangte schließlich in einer Resolution zum Ausdruck, daß **vom 25. September ab die**

Sperre über die Kartoffelsendungen eintritt,

während sofort die Sperre für die Einstellung von Wagen in Kraft trat. Damit wird verhindert, daß das Schiebertum sich jetzt Wagen bestellt und bei Nichtlieferung die Eisenbahn regreßpflichtig machen kann. Auf Vorschlag des Regierungsvertreters wurde die Resolution über die Sperre **als ein befristetes Ultimatum der Landwirtschaft zugestellt.** Die Regierungsvertreter werden von sich aus sofort mit der Reichsregierung in Verbindung treten, um die Schwere der Lage zu mildern.

Am Montag erläßt nun der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau eine Bekanntmachung, wonach die Landwirte in größerem Umfange sich bereit erklärten, an bedürftige Kreise die Kartoffeln zu 20 M. abzugeben. Auf Grund genauer Unterlagen hat der Oberpräsident festgestellt, daß hierzu für den Freistaat Hessen und die Provinz Hessen-Nassau 1 800 000 Zentner Kartoffeln erforderlich sind.

Der Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner Hannovers hat gleichfalls die Sperre für Kartoffelsendungen angedroht, wenn nicht der Erzeugerpreis auf 15 M. herabgesetzt werde.

Volkspolitik oder Parteipolitik?

August Winnig, der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, hielt am Montag abend, von einer privaten Gesellschaft eingeladen, in der Berliner Philharmonie einen Vortrag über das Thema „Volkspolitik oder Parteipolitik?" Wesentlich neue Gedanken wurden in diesem Vortrage nicht entwickelt, wenigstens nicht solche Gedanken, die August Winnig nicht schon irgendwo einmal an anderer Stelle ausgesprochen oder niedergeschrieben hätte.

Er wiederholte auch am Montag, daß die Arbeiterklasse nicht reif genug gewesen sei, die politische Macht zu übernehmen. Ihre Zersplitterung habe sie also nur sich selbst und nicht irgendwelchen Fehlern ihrer Führer zuzuschreiben. Der Sozialismus könne nicht von dem darniederliegenden Deutschland ausgehen, sondern nur von den Siegerstaaten. Unser Verfassungsleben könne allerdings vorbereitende Arbeit leisten. Dazu gehöre vor allen Dingen die Ablösung der parlamentarischen Vertretungen durch solche der wirtschaftlichen Verbände und die Ablösung der dazu reifen privatkapitalistischen Unternehmen. Daß wir noch nicht dem Chaos verfallen sind, verdanken wir nach Winnig der Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Aber wer wahrhaft patriotisch wirken wolle, der müsse für die soziale Verständigung arbeiten. Aus der Propagierung dieses Gedankens müsse sich eine Annäherung der Parteien ergeben.

Dem Vortrag, der schon wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen wurde, folgte eine zeitweise sehr heftige Aussprache, die zum größten Teil von jüngeren Anhängern der Kommunisten und der U.S.P.D. bestritten wurde. Winnig selbst wurde dabei der Gegenstand sehr heftiger rednerischer Angriffe. Ein anderes Ergebnis hatte die Versammlung nicht.

Blanke Abweisung.

Am gleichen Tage, wo die „Welt am Montag" die britische Staatsweisheit preist, die den Aegyptern Selbstregierung gewähre, wird aus Windhuk gemeldet, daß General Smuts die Autonomiewünsche der ehemaligen Deutsch-Südafrikaner (soweit sie nicht schon nach Deutschland abgeschoben sind) rundweg abgewiesen hat. Dabei hatte das ihm überreichte Memorandum betont, daß die Unterstellung des Schutzgebietes unter die Südafrikanische Union seine Einbeziehung in deren Rassenpolitik und eine Verletzung des Versailler Diktats bedeute. Auch war die Beibehaltung des deutschen Zivilprozesses gefordert worden, weil das Unionsrecht einen Rückschritt um 100 Jahre bedeute.

Alles umsonst, sogar bei Smuts, der sonst schon klare Erkenntnis des weltverwüstenden Geistes von Versailles — in Worten bewiesen hat.

Berufene Kritiker.

Der Auslandsredakteur der „Humanité", Paul Louis, bespricht in der üblichen gehässigen Form und als eine feststehende Tatsache die in der deutschen bürgerlichen Presse aufgetauchten Gerüchte, wonach die Sozialdemokratische Partei sich nach einem Wiedereintritt in die Regierung sehne. Besonders wird Genosse Scheidemann als der Mann hingestellt, der aus reinem Ehrgeiz und Machtkitzel nach dem Reichskanzlerposten oder irgendeinem Ministerportefeuille strebe. Es handele sich natürlich bei diesem Wunsche nicht darum, den Sozialismus durchzuführen, sondern die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zu verteidigen.

Es ist bekannt, daß gerade Scheidemann sich in seiner jüngsten Kasseler Rede gegen den Eintritt der Partei in die gegenwärtige Koalition ausgesprochen hat und überhaupt sind die Gerüchte über unsere Wiederbeteiligung an der Regierung nur infolge der von bürgerlicher Seite mehrfach ausgesprochenen Einladungen entstanden, die jedoch unsererseits gänzlich unerwidert geblieben, ja auf verschiedenen Tagungen der Partei glatt abgelehnt worden sind. Aber das hindert einen französischen Parteiredakteur nicht, gehässige Bemerkungen gegen uns auszustreuen; man hat offenbar nicht genug an den gegenseitigen Beschimpfungen innerhalb der eigenen Partei und des eigenen Blattes anläßlich der Moskau-Debatte, und man wünscht wohl wieder einmal sich an den „gemeinsamen Feind", nämlich die deutschen Sozialdemokraten, heranzumachen. Deshalb mag hier gesagt werden, daß uns diese Angriffe gänzlich gleichgültig lassen, weil wir sie schon lange nicht mehr ernst nehmen. Ueber das, was wir in der Regierung an positiver Arbeit für die Arbeiterklasse geleistet haben, werden wir nicht mit Dilettanten und Fanatikern streiten, deren einziges Werk auf dem Gebiet des Sozialismus in der Sabotage der eigenen Partei und der eigenen Arbeiterbewegung liegt und die somit für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mehr getan haben, als alle reaktionären und bürgerlichen Parteien Frankreichs zusammengenommen.

Präsident Millerand.

Paris, 20. September. (Havas.) Millerand hat, dem Wunsche der Nation nachgebend, sich entschlossen, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen.

Volksabstimmungsfälscher.

Aus Klagenfurt meldet WTB.: Ein südslawischer Steuerkontrolleur hat zahlreichen Stimmberechtigten Kärntens ihre Wählerlegitimationen abzulocken gewußt, indem er ihnen vorredete, daß die Papiere besser bei ihm aufgehoben seien und daß er mit den Betreffenden gemeinsam zur Abstimmung gehen wolle. In einem anderen Falle nahm ein Gendarm einem Burschen, der die amtlichen Antragscheine für die Aufnahme in die Abstimmungslisten zu den Gemeinden tragen und den Abstimmungsausschüssen zustellen sollte, elf Umschläge mit Antragscheinen ab. Versuchter Stimmenkauf ist an der Tagesordnung. Man erklärt den Leuten, daß ihnen das Haus über dem Kopf angezündet wird, wenn sie für Deutschland stimmten, oder daß zwei südslawische Divisionen bereitständen, in die erste Zone einzufallen und alles zu verheeren, falls die Abstimmung für Südslawien ungünstig ausfalle. Um ihrer Agitation größere Wucht zu verleihen, werden die südslawischen Staatsangestellten ab 1. Oktober zwecks Bearbeitung der Stimmberechtigten entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrags beurlaubt.

Das südslawische Militär beginnt abzuziehen, die Gendarmerie terrorisiert weiter.

Das deutschösterreichische Mitglied der Abstimmungskommission Dr. Kaltenegger wurde auf einer Dienstfahrt von Jugoslawen zweier Ortschaften beschossen, sein Auto überfallen und die rot-weiße Fahne abgerissen. Die Insassen verdankten es nur einem Zufall, daß sie mit dem Leben davonkamen.

Die New Yorker Explosion.

New Yorker Berichte verdächtigen die radikalen Gewerkschaften die „Industrial Workers of the World" der Schuld an dem Attentat; die Führer sollen angeblich verhaftet werden, einem russischen Journalisten Bradlowsky ist das auf Grund anonymer Denunziation schon geschehen. Eine große Hetze gegen die Bolschewisten geht durch das Land. Das Attentat kommt jedenfalls der Reaktion zurecht, ebenso wie die kleineren und glücklicherweise erfolglosen Bombenanschläge auf die Börsen von Genua und Nizza.

Gewaltige elektrische Scheinwerfer beleuchten des Nachts die Gebäude, in denen zahlreiche Arbeiter Tag und Nacht beschäftigt sind, die Schäden wieder auszubessern. Polizei und Militärpatrouillen marschieren durch die Straßen und haben vor allen Dingen ein Auge auf die Privatvilla Morgans, gegen den man weitere Attentate befürchtet. Das Finanzquartier der Millardäre New Yorks gleicht einem Feldlager. Jede Bank, jede Wechselstube ist von Militär- und Polizeipatrouillen bewacht, den Privatvillen der Milliardäre darf sich niemand nähern. Es ist neuerdings eine Karte aufgefunden worden, deren Absender noch nicht eruiert werden konnte und die lautet: „Benachrichtigt Bob, daß er sich am Nachmittag nicht nach Wallstreet wagen soll." Der verhaftete Fischer, der irrsinnig ist, behauptet, daß er die Kenntnis des Attentats „aus einer anderen Welt" erhalten habe, wie er ebenso ein Attentat auf Wilson voraussagen müsse und wenn ihm dafür auch der „elektrische Stuhl" blühe.

Die zusammengebrochene Verleumdungskampagne. Aus Nr. 434 der „Deutschen Zeitung" sei noch folgende Erklärung nachträglich wiedergegeben: „In der „Deutschen Zeitung" vom 7. Januar ist ein Artikel der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz" vom 6. Januar nachgedruckt mit der Ueberschrift: „Korruption". In dem Artikel wurden gegen die Herren Scheidemann und Wissell im Zusammenhang mit der Sklarz-Angelegenheit Vorwürfe erhoben, daß sie der Korruption Vorschub geleistet hätten durch Beteiligung an der Beschaffung von Einfuhrscheinen für Sklarz und zugleich angedeutet, daß diese Vorschubleistung nicht unentgeltlich geschehen sei. Wir haben uns davon überzeugt, daß diesen Angaben der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz" keine tatsächlichen Unterlagen zugrunde liegen und nehmen daher die nach dem Artikel der Korrespondenz abgedruckten Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück."

„Arbeitgeber Stresemann." Vom Abgeordneten Stresemann erhalten wir folgende Zuschrift: „Ich nenne weder ein Landgut mein eigen, noch suche ich eine Erzieherin zu den von Ihnen kritisierten Bedingungen. Die Anzeige der „Voss. Ztg." stammt von einer uns bekannten, auf dem Lande lebenden Familie, die gebeten hatte, daß die Vorstellungen der Bewerberinnen in Berlin in meiner Wohnung erfolgten. Ich habe die Anzeige erst nach ihrer Veröffentlichung zu Gesicht bekommen, Ihre Folgerungen beruhen daher auf falschen Voraussetzungen."

Demnach hat die „bekannte, auf dem Lande lebende Familie" augenscheinlich auf die sozialen Ansichten instinktiv das alte Sprichwort angewandt: „Gleich und gleich gesellt sich gern!" Herr Stresemann sollte also seine Bekanntschaften besser aussuchen, damit ihm so unangenehme Verwechselungen erspart werden.

Reichspräsident Ebert kehrt nach Berlin zurück. Wie wir hören, wird der Reichspräsident morgen aus Freudenstadt wieder in Berlin eintreffen.

Der 9. Deutsche Pazifistenkongreß, einberufen von zwölf deutschen Organisationen, findet vom 1. bis 3. Oktober in Braunschweig statt. Einziger Verhandlungsgegenstand ist der Völkerbund. Voran geht am 30. September die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Hauptthema ist die Entwaffnungsfrage. Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind eingeladen. Die Fraktionsmitglieder, die am Kongreß teilzunehmen beabsichtigen, wollen sich wegen Wohnung an die Geschäftsstelle der Deutschen Friedensgesellschaft, Berlin W. 57, Potsdamer Straße 75 III wenden.

Noch keine endgültige Regelung der Schulgeldsätze. Die bereits angekündigte, am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Erhöhung der Schulgelder der höheren Lehranstalten auf jährlich 600 Mk. bedeutet, wie die „Dena" aus dem Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung erfährt, noch keine endgültige Regelung der Schulgeldfrage. Es sind vielmehr Erwägungen über eine grundsätzliche Neuregelung der Aufbringung der Schulgelder im Gange.

Wendenführer Barth auf freiem Fuße. Außer Hölz befindet sich auch der bekannte Wendenführer Ernst Barth, der wegen hochverräterischer Umtriebe in der Lausitz zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, wieder auf freiem Fuße.

Der Kampf in der tschechischen Sozialdemokratie. Das von den Linken usurpierte Zentralorgan nannte sich „Stare (Alles) Pravo Lidu". Auf Einschreiten der Parteileitung ist ihm gerichtlich verboten worden, den Titel „Stare Pravo Lidu", Zentralorgan der tschechoslowakischen sozialistischen Arbeiterpartei, zu führen, und deshalb soll es unter dem Namen „Rude Pravo" (Rotes Recht) erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Töpfer.

Meißen, 18. Sept. 1920.

Der heute abend hier zusammentretende Verbandstag der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands ist ein außerordentlicher; der letzte ordentliche Verbandstag dieser Organisation hat im Juni v. J. stattgefunden. Der Verbandsvorstand und -Beirat haben sich veranlaßt gesehen, diesen besonderen Verbandstag einzuberufen vornehmlich zu dem Zwecke, die Verbandsfinanzen auf eine solidere Grundlage zu stellen. Im Laufe dieses Jahres war ein steter Rückgang des Vermögens der Hauptkasse zu bemerken, was weniger aus den besonderen Unterstützungen resultiert, sondern in der Hauptsache verschuldet ist von starken Ausgaben für Streikunterstützung, welch letztere im vorigen Jahre um das zweieinhalbfache erhöht worden ist, während die Beiträge nur um das einhalbfache gesteigert wurden. Außerdem machen sich erhöhte Ausgaben besonders stark fühlbar bei den Verwaltungskosten, den gesteigerten Kosten für die Drucklegung des Verbandsorgans, den Portis usw. Diese Verteuerungen haben neben den starken Ausgaben für Streiks (für letztere hat die kleine Gewerkschaft in diesem Jahre bereits ca. 180 000 M. verausgabt) ein starkes Loch in die Hauptkasse gerissen. Obwohl Vorstand und Beirat im März 12 Doppelbeiträge ausgeschrieben hatten, wodurch schon im 2. Quartal d. Js. der Hauptkasse besonders 100000 M. zugeflossen sind, ist der Bestand der Hauptkasse im Laufe dieses Jahres von 317000 auf rund 200000 Mark zurückgegangen. Deshalb sahen sich Vorstand und Beirat genötigt, zur Einberufung dieser außerordentlichen Generalversammlung, die in erster Linie dem finanziellen Ausbau des Verbandes dienen soll.

Auf dem Verbandstage ist die sogenannte Opposition stark vertreten, es wird also jedenfalls zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen. So will die Berliner „Opposition" durchaus als ersten Verhandlungsgegenstand den Tätigkeitsbericht des Vorstandes hören, sie verlangt ferner zu allen Punkten der Tagesordnung Korreferate, die Abschaffung aller Unterstützungsarten außer der Streikunterstützung, die stark erhöht werden soll, ferner geben eine Anzahl Anträge dahin, die jetzige Verbandsleitung entweder ganz oder zur Hälfte von ihrem Posten zu entfernen. Dies alles dürfte zu lebhaften Debatten Anlaß geben.

Des weiteren wird der Verbandstag Stellung nehmen zur geplanten Gründung des Baugewerksbundes. Hier dürfte es wenig Meinungsverschiedenheiten geben, die stark überwiegende Mehrheit der Mitglieder steht diesem Projekt freundlich gegenüber — Erwähnt sei noch, daß der Mitgliederstand des Töpferverbandes am Schlusse des 2. Quartals d. J. 12089 betrug. Damit hat der Verband den Mitgliederstand vom Jahre 1914 um zirka 2000 überholt. Dies ist ein günstiges Resultat, vor allem wenn man beachtet, daß die Töpfer bereits vor dem Krieg prozentual sehr gut organisiert waren und deshalb starke organisationsfähige Reserven nicht vorhanden sind, daß ferner während des Krieges über 1000 Mitglieder gefallen sind, und schließlich auch der schlechte Stand der Baukonjunktur der besseren Organisationsentwicklung hinderlich ist, weil dadurch heute noch viel Töpfer vom erlernten Gewerbe ferngehalten und zum Teil in anderen Gewerkschaften organisiert sind.

Ueber den Verlauf der Tagung werden wir fortlaufend berichten.

Generalversammlung der Eisenbahner.

Dresden, den 18. September 1920.

Schlußbericht.

Der vom Vorstand vorgelegte Statutenentwurf wird mit den in dreitägiger Beratung getroffenen Abänderungen der Statutenberatungskommission angenommen. Abgelehnt wird die von der Kommission vorgeschlagene Fassung des § 2, nach der der Verband auf dem Boden des Klassenkampfes steht und sein Ziel die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise ist. — Die Beiträge betragen künftig in zwei Klassen 2 M. und 2,50 M. Daneben sind zwei Klassen zu 50 Pf. und 1 M. vorgesehen, und zwar 50 Pf. für Altpensionäre und Invaliden und 1 M. für Lehrlinge und Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. Zu den Unterstützungseinrichtungen ist eine Erwerbslosenunterstützung hinzugekommen, nach der im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit Unterstützung bis zum Betrage von 420 M. in einer Unterstützungsperiode gewährt wird. Die Unterstützung in Todesfällen hat eine Aenderung insofern erfahren, als es Mitgliedern, die bei ihrem Eintritt in den Verband auf Erwerbslosenunterstützung Verzicht leisten, das Sterbegeld in allen Fällen um 100 Proz. erhöht wird. — Die Verwaltung des Verbandes besteht künftig aus 21 Mitgliedern, und zwar 10 besoldeten und 11 unbesoldeten. Die letzteren werden auf der Generalversammlung aus verschiedenen Ortsgruppen des Landes gewählt. Die neuen Satzungen treten am 1. Januar 1921 in Kraft.

Den Bericht der Beschwerdekommission erstattet Ulrich-Berlin. Eine lebhafte Diskussion setzt über den Fall Geschke ein. Geschke wurde vom Vorstand aus dem Verbande ausgeschlossen auf Grund seines verbandsschädigenden Treibens. Seine Absicht, den Verband in das kommunistische Fahrwasser zu lenken, hätte nach der Auffassung des Vorstandes die Spaltung des Verbandes zur Folge gehabt. Der Auffassung des Vorstandes schloß sich seinerzeit die Beschwerdekommission an. Die von der Generalversammlung eingesetzte Kommission schlägt vor, den Ausschluß rückgängig zu machen, Geschke aber für zwei Jahre die Fähigkeiten zur Bekleidung von Verbandsämtern abzusprechen. Das Vorstandsmitglied Apitzsch empfiehlt weiter Ablehnung des Kommissionsvorschlages. Darauf wird in namentlicher Abstimmung mit 137 gegen 95 Stimmen beschlossen, den Ausschluß Geschkes aufrechtzuerhalten.

Darauf erstattet die Rechnungskommission ihren Bericht. Weiter wird der Vorstand verpflichtet, bis zum 1. Januar 1921 eine Vorlage zu schaffen zur Sicherung angemessener Unfall- und Pensionsbezüge.

Zur Vorstandswahl

werden den Delegierten zwei Vorschlagslisten unterbreitet. Die eine enthält die von beiden Richtungen gemeinsam gemachten Vorschläge, während die andere kurz vor der Wahl eingereichte die besonderen Vorschläge der Opposition bringt. In geheimer Abstimmung werden gewählt: zu Vorsitzenden Scheffel-Berlin, Bernhard-Mannheim, Kotzur-Berlin und als Kassierer Dräger-Berlin, als besoldete Sekretäre Apitzsch-Magdeburg, Breunig-Berlin, Jochade-Berlin, Kaulfuß-Berlin, Thielemann-Berlin, Wenzel-Leipzig; unbesoldete Vorstandsmitglieder: Feddern-Hamburg, Eysen-Köln, Gückel-Hannover, Hage-Halle, Kuhnke-Berlin, Hermann, Matthäus, Nürnberg, Richter-Leipzig, Spanner-München, Schacher-Erfurt, Schaffer-Breslau. — In die Beschwerdekommission werden gewählt: Wüsthoff-Essen, Ulrich-Berlin, Weber-Kassel, Kontrowitz-Danzig, Gruber-Cannstatt. — Nach kurzer Beratung läßt der neugewählte Vorstand durch den Vorsitzenden Scheffel erklären, daß er bereit ist, die Wahl anzunehmen. Im Zusammenhang damit spricht er dem bisherigen und jetzt von seinem Posten scheidenden Vorsitzenden Brunner den Dank der Generalversammlung aus. Er hebt hervor, daß die Eisenbahner- und die gesamte Gewerkschaftsbewegung der Tätigkeit Brunners außerordentlich viel verdankt.

Als Ort des nächsten Verbandstages wird München festgesetzt.

Unter Punkt: Erledigung sonstiger Anträge gelangt die bei der Berichterstattung zur Betriebsrätefrage bereits erwähnte Entschließung des Vorstandes zur Annahme. — Eine andere Entschließung, in der eine Revision des Versailler Friedensvertrages, ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Kreise gegen die Reaktion und gegen den internationalen Kapitalismus gefordert wird, findet einstimmige Annahme. — Nach kurzer Begründung durch das Vorstandsmitglied Kotzur wird beschlossen, dem Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministerium folgendes dringliche Telegramm zu übermitteln:

„Verzögerung der Vorschußzahlung hat in Bayern große Erregung ausgelöst. Arbeitseinstellungen werden angedroht. Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ersucht, auf schnellstem Wege Vorschußzahlung veranlassen zu wollen."

Ferner drei Entschließungen an die zuständigen Ministerien und den Reichstag, in denen gefordert wird:

1. Eine Verbesserung des dem Besoldungsausschuß des Reichstages vorgelegten Referentenentwurfes nach den Vorschlägen der Verbandsvertreter;
2. die sofortige Verabschiedung des dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurfes betr. Ergänzung und Regelung von Bezügen der Beamtenpensionäre, der Beamtenwitwen- und -waisen.
   Im Zusammenhang damit wird ein ausreichender Zuschuß aus Reichsmitteln für die Arbeiterpensionäre und die Arbeiterwitwen und -waisen gefordert; und
3. zur Regelung der Einkommensverhältnisse der Diätare Ausgleichszulagen nach den Satzungen des Reichslohntarifes an alle Diätare, die bisher noch unberücksichtigt geblieben sind.

Nach den Schlußworten des Bezirksleiters Wirth, des Dresdener Ortsbeamten Claus und des Vorsitzenden Scheffel wird die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Verband in später Abendstunde geschlossen.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission. Am kommenden Donnerstag, 23. September, abends 6 Uhr, findet im Saal I des „Gewerkschaftshauses", Engelufer 14/15, eine Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses über das verflossene Geschäftsjahr. 2. Beratung der neuen Satzungen, 3. Antrag der Friseure betr. Sonntagsruhe, 4. Verschiedenes. Der Einlaß erfolgt nur gegen Vorzeigung der schriftlichen Einladung der Gewerkschaftskommission.

Streik in den Spritfabriken.

Bei den Firmen Kahlbaum-Adlershof, Spritbank und Nord- und Süddeutsche Spritfabrik-Lichtenberg sind Montag morgen die gesamten Arbeiter wegen Nichtanerkennung des vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruches in den Streik getreten. Die Ansicht des Herrn Direktor Hirsch in Firma Kahlbaum, daß ein derartiger Erpressungsschiedsspruch von ihm nicht akzeptiert werden könne, deckt sich vollkommen mit dem Ausspruch des Syndikus dieser Arbeitgebergruppe, Herrn Leibrock, der bei Beginn der Versammlung erklärte: „Jetzt weht ein anderer Wind, jetzt haben wir zu bestimmen." Der Beschluß der Arbeitsniederlegung wurde in einer vom Brauerei- und Mühlenarbeiter- und Böttcherverband einberufenen Versammlung gefaßt.

Ausdehnung des Streiks bei der Raiffeisen-Genossenschaft.

Die kaufmännischen Angestellten der Niederlassung Köslin in Pommern haben sich dem Streik bereits angeschlossen. Weitere Niederlassungen im Reiche dürften heute dem Beispiel folgen. Die Stimmung der Angestellten ist demzufolge nicht allein in Berlin, sondern auch im Reiche gut. In den ersten Kampftagen hat sich gezeigt, mit welch' unehrlichen Mitteln die Firma versucht, die Angestellten gegeneinander auszuspielen. Die Angestellten haben das Ansinnen der Firma mit aller Deutlichkeit zurückgewiesen. Die Firma hat die grüne Polizei als Hilfe angerufen, obwohl die Streikposten hierzu keine Veranlassung gegeben haben. Der Demobilmachungskommissar, der von beiden Parteien angerufen war, hat Gewerkschaftsvertretern gegenüber erklärt: „Die Anberaumung eines Verhandlungstermins sei noch nicht zweckmäßig, da beide Parteien noch zu siegesbewußt wären". Kolleginnen und Kollegen, fühlt Euch eins mit diesen kämpfenden Brüdern, lehnt jede Streikbrecherarbeit ab.

Zentralverband der Angestellten.
Fachgruppe 17.

Zur Lohnerhöhung der Versicherungseinnehmer.

Die Viktoria-Versicherungsgesellschaft hat die vom Reichsarbeitsministerium ausgesprochene Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs vom 23. Juli mit der Kündigung ihrer gesamten Einnehmer zum 31. Oktober erwidert. Sie beabsichtigt, die gekündigten Einnehmer als Inkassoagenten weiter zu beschäftigen. Zu dieser ganzen Angelegenheit werden die Einnehmer aller deutschen Versicherungsgesellschaften auf einer vom Zentralverband der Angestellten einberufenen Reichskonferenz am Sonntag, den 26. September, vormittags 9 Uhr, in Berlin, Engelufer 15, Gewerkschaftshaus, Saal 8, Stellung nehmen.

Die Musiker vom Zirkus Busch.

Vom Deutschen Musikerverband erhalten wir folgende Zuschrift: Der Zirkus Sarrasani zieht für den kommenden Winter in das Gebäude des Zirkus Busch ein. Ein Menschenalter hindurch hatten die Musiker des bisherigen Zirkus Busch dort eine gesicherte Stellung, wenn sie auch nicht besonders glänzend war, so konnten sich die Musiker doch einigermaßen über Wasser halten. Dies wird jetzt anders. Der Zirkus Busch geht auf Reisen und nimmt seine alten Musiker nicht mit. Nun hat sich das Orchester durch seinen Vertrauensmann an den Zirkus Sarrasani gewandt und sich geschlossen als Kapelle für das neue Unternehmen angeboten. Die Direktion war auch bereit, das Orchester zu engagieren. Als sie jedoch die hier üblichen Tarife bezahlen sollte, erklärte sie, daß es geschäftlich unklug von ihr wäre, wenn sie das eingespielte Orchester des früheren Zirkus Busch engagieren würde, da ihr genügend Musiker zur Verfügung stehen, die sich nicht an die Tarifsätze halten und nicht zu halten brauchten. Die Direktion des Zirkus Sarrasani würde, nach ihren eigenen Worten, gern ein eingespieltes Orchester engagieren, aber nur nicht zu den ortsüblichen Sätzen.

Erfolgreicher Streik im Spielwaren-Galanterie-Großhandel.

Das Angebot der Arbeitgeber, die bestehenden Gehälter um 20 Proz. zu reduzieren, wurde durch eine seitens des Zentralverbandes der Angestellten eingeleitete Lohnbewegung zurückgewiesen. Ein fünftägiger Streik schloß mit dem Ergebnis, daß nicht nur die Löhne nicht verringert, sondern um 12 bis 40 Proz. erhöht wurden. Maßregelungen finden nicht statt, die Streiktage werden bezahlt. Die Arbeit ist seit Montag früh wieder aufgenommen.

Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter. Die am 17. September im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der graphischen Hilfsarbeiter Berlins nahm Stellung zu der Festlegung der Ortszuschläge. Nachdem der Kassierer Wendt dazu seine Gründe bekanntgegeben und den Vorschlag machte, den Beitrag von 60 Pf. auf 40 Pf. herabzusetzen, stimmte dem die Versammlung gegen einige Stimmen zu. Es sind demnach zu zahlen: Verbandsbeitrag einschließlich Ortszuschlag in Klasse I, bis 50 M. Lohn, 1,40 M., in Klasse II, 50 bis 100 M. Lohn, 2,40 M., in Klasse III, 100 bis 150 M. Lohn, 2,90 M., in Klasse IV, über 150 M. Lohn, 3,40 M.

Ein Antrag der Vertrauensleute der Reichsdruckerei, dem Zentralvorstande bis auf weiteres die Mitgliedsbeiträge zu sperren, wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt, weil die Ortsverwaltung Berlin bereits eine Denkschrift an den Beirat des Verbandes hat ergehen lassen, die auf die Beschlüsse des Verbandstages Bezug nimmt und auf die drohenden Gefahren hinweist, die zu erwarten sind. Ebenso hat sich das Graphische Kartell in dieser Angelegenheit an den Gewerkschaftsbund gewandt, um eine Zusammenkunft der in Frage kommenden Instanzen herbeizuführen. Ein Antrag, an die Ortsverwaltung für geleistete Ueberstunden 50 Proz. von dem Verdienst abzuführen, um das Geld den Arbeitslosen zu überweisen, wurde dem Graphischen Kartell zur Beratung überwiesen.

Betriebsräte des Deutschen Metallarbeiterverbandes! Am 5., 6. und 7. Oktober findet in der „Neuen Welt" der Reichsbetriebsräte-Kongreß statt. Aus diesem Grunde sind in der Schulaula, Koppenplatz 12, an folgenden Tagen die Gruppenbetriebsräte-Versammlungen einberufen worden. 1. Gruppe am Dienstag, den 21. September, nachmittags 5 Uhr. 2. Gruppe am Dienstag, den 21. September, abends 6½ Uhr, 3. Gruppe am Mittwoch, den 22. September, abends 7 Uhr. 4. Gruppe am Donnerstag, den 23. September, nachmittags 5 Uhr. 5. Gruppe (einschließlich Verkehrsgewerbe) am Freitag, den 24. September, nachmittags 5 Uhr. 6. Gruppe am Sonnabend, den 25. September, nachmittags 3 Uhr. 7. Gruppe am Sonnabend, den 25. September, nachmittags 5 Uhr. 8. Gruppe am Montag, den 27. September, nachmittags 5 Uhr. 9. Gruppe am Montag, den 27. September, abends 7 Uhr. Tagesordnung: Wahl der Delegierten zum Reichsbetriebsräte-Kongreß. Es ist Pflicht eines jeden aktiven Betriebsrats, in diesen Versammlungen pünktlich zu erscheinen, da die Aula frühzeitig geräumt werden muß. Verbandsbuch und Betriebsrats-Legitimationskarte in vorzuzeigen. Ohne dieses kein Zutritt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Lederbranche. Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Schuhfabrikation. Heute, am 21. September, nachmittags 5 Uhr: Gruppen-Versammlung bei Schreiber, Holzmarktstr. 65. — **Apothekenarbeiter.** Mittwoch, den 22. September, abends 7½ Uhr, in Büxes Festsälen, Sebastianstr. 39: Versammlung. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. Abstimmung über Ablehnung oder Annahme des gefällten Schiedsspruchs.

Deutscher Werkmeisterverband. Mittwoch, den 22. September, abends 7 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseestr. 110: Große allgemeine Werkmeister-Versammlung. Tagesordnung: Das einheitliche Angestelltenrecht. Referent: Dr. H. Potthoff.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 7c (Schuhwaren). Mitgliederversammlung heute abend 7½ Uhr im Verbandslokal (blauer Saal), Belle-Alliance-Straße 7/10, 2. Hof links, 3 Treppen. Fachgruppe 4c (Berufsgenossenschaften). Mitgliederversammlung heute abend 6 Uhr im Schultheiß-Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25.

Rechtsanwaltsangestellte. Donnerstag, den 23. September, abends 7½ Uhr, im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12, wichtige Versammlung.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Was ist
und was will der Sozialismus? . . . . . 0,60 M.
Kautsky und Schönlank: Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie . . . . . 1,20 „
Felden: Kirche, Religion und Sozialdemokratie 1,80 „
Schulz: Sozialdemokratie und Schule . . . . . 2,40 „
Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie 1,20 „
Beamtenschaft und Sozialdemokratie . . . . . 0,25 „
Frauenstimmen zu den Zeitfragen . . . . . 2,75 „
Die Frauen und der politische Kampf . . . . . 1,20 „
Stampfer: Religion ist Privatsache . . . . . 1,80 „
„ Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus 1,80 „
Bernstein: Wirtschaftswesen u. Wirtschaftswerden 6,00 „
Lassalle: Arbeiterprogramm . . . . . 2,40 „
Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3

Brillanten Perlen, Platin, Gold Bruch kauft „Veritas" Jägerstr. 10.

Kuck's höhere Privatschule u. Vorbereitungs-Anstalt. Vorschule — Pension. Nürnberger Str. 2, am Zoo.

Gesundung durch Sauerstoff
ein durchaus natürliches, völlig unschädliches Heilverfahren, ohne jede Berufsstörung bei Nerven- u. Stoffwechselkrankheiten jeder Art, wie Gicht, Rheuma, Aderverkalkung, Magen- u. Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leberleiden, Schwächezuständen, Herzleiden, sowie Lungen- u. Halsleiden. — Verlangen Sie kostenfrei ausführl. Broschüre.
Sanitätsrat Dr. Weises Heilanstalt, leit. Arzt Dr. Hahn, Berlin 117. Potsdamer Str. 109b Spr. 10-1, 3-5.

Herbstkleidung
Gummi-Mäntel modefarben, herabgesetzt auf . 425
modefarben mit Gürtel, früher 790 jetzt 590, derselbe früher 590, jetzt M. 425
prima Dubelmäntel . . . . früher 1450 jetzt M. 900
Paletots marengo, sehr gut verarbeitet früher 700, jetzt M. 535
Covercoats in den neuesten Fassons früher 1000, jetzt M. 825
Hosen geschmackvoll gestreift, herabgesetzt 170, 200, 230, 290, 320 und M. 75
Jackett-Anzüge modern verarb., in allen mögl. Farbenstellungen
früher 1200 jetzt M. 950 — früher 900 jetzt M. 650
früher 1400 jetzt M. 1100 — früher 1150 jetzt M. 790
aus echt englischen Stoffen früher 1950, jetzt M. 1250
Cutaway u. Weste s. gut. marengo Chev., herabg. a. 575
Bozener Mäntel a. imprägn. Lodenstoff., herabg. auf 325
Wollene Wäsche, Stutzen, Oberhemden, Kragen p. p. sehr billig!
Nur eine Verkaufsstelle — **BaerSohn** — Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Altmetalle
Zinn, Lötzinn, Lagermetalle, Quecksilber — höhere Preise. —
Dresdener Strasse 13-14.

Überall käuflich
Feuriger Süßwein
Santa Lucia
Depot: Bergstr. 34, Nord. 6822.

Handels- Kasten- Leiter- Wagen
Karren aller Art
Grundmann & Kuhn
Transportgeräte-Fabrik,
Cöpenicker Str. 73 u. 113.